

Präventivmaßnahmen gegen Überschwemmungen

AUS DER SITZUNG DES GEMEINDERATES VOM 28. SEPTEMBER 2021

Anwesend:

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel, Schöffe Jean-Paul Sunnen

Ratsmitglieder: Tom Berend, Patrick Calmus, Marcel Jakobs, Lou Linster, Christiane Hamen

Rat Jean-Pierre Roemen und Schöffe Raphael Gindt nehmen an der Sitzung per Videokonferenz teil

Gemeindesekretär: Marc Thill

- | | | | |
|-----|---|-----|--|
| 1 | Genehmigung der Tagesordnung; Genehmigung; | 10b | Genehmigung der Abrechnung 2020; |
| 2 | Mitteilungen des Schöffenrats; | 11 | Séchere Schoulwee: Projektvorstellung; |
| 3 | Bauordnung: Genehmigung; | 12 | Kauf zweier Waldparzellen: Genehmigung der Verkaufsvereinbarung; |
| 4 | Festlegung des kommunalen Gewerbesteuersatzes für das Jahr 2022: Genehmigung; | 13 | Erwachsenweiterbildung: Genehmigung der Verträge mit den Lehrbeauftragten; |
| 5 | Festlegung des Grundsteuersatzes für das Jahr 2022: Genehmigung; | 14 | Motionen der Gemeinderatsmitglieder Motion von Rat Patrick Calmus zur Installation eines Trinkbrunnens; |
| 6 | Nutzungsvertrag WOODEN: Genehmigung Vertrag und Zusatz; | 15 | Korrespondenz, Fragen an das Bürgermeister- und Schöffenrat Frage von Rat Marcel Kramer zu Waldarbeiten; |
| 7 | Sanfte Mobilität; | 16 | Liste der Anträge zur Wahrnehmung des Vorkaufsrechts; |
| 7a | Subvention für vel'OH-Abonements; | 16a | Debatte (unter Ausschluss der Öffentlichkeit); |
| 7b | Haushaltsänderung, neuer Haushaltsartikel; | 16b | Entscheidung; |
| 8 | SIDERO, finanzielle Beteiligung an den Abwasserentsorgungskosten der Stadt Luxemburg, Abrechnung für das Geschäftsjahr 2020; | 17 | Personalangelegenheiten: (unter Ausschluss der Öffentlichkeit) Antrag auf Verringerung des vorläufigen Dienstes; |
| 9 | Gewässermanagement: | 18 | Beratende Kommissionen: (unter Ausschluss der Öffentlichkeit) Rücktritt von zwei Mitgliedern der der Integrationskommission. |
| 9a | Subventionierung verschiedener Maßnahmen zum Schutz vor Überschwemmungen und Hochwasser und Fragen der Räte Linster und Roemen zu den Überschwemmungen am 14. Juli; | | |
| 9b | Haushaltsänderung, neuer Haushaltsartikel; | | |
| 10 | Maison relais Leudelingen: | | |
| 10a | Genehmigung der Abrechnung 2019 (zusätzlicher Punkt der Tagesordnung); | | |

1 Genehmigung der Tagesordnung

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats zur ersten Sitzung nach der Sommerpause, die nun wieder seit Beginn der Covid-19-Pandemie im Sitzungssaal des Gemeindehauses stattfindet. Der Sitzungssaal ist renoviert worden und die Sitzungen werden bis auf weiteres unter dem Covid-Check-Regime stattfinden.

Es gibt zudem einige Änderungen der Tagesordnung. Unter Punkt 10 sollen die beiden Jahresabrechnungen 2019 und 2020 der Maison relais genehmigt werden. Unter Punkt 18 sind zwei statt nur ein Rücktrittsgesuch zu genehmigen. Es ist auch eine Motion von Rat

Patrick Calmus eingegangen, der die Installation eines öffentlichen Trinkbrunnens fordert, die unter Punkt 14, debattiert werden soll. Es ist auch eine Frage an den Schöffenrat von Rat Marcel Jakobs zu den Waldarbeiten im Gaalgebësch eingegangen. Eine weitere Frage der Räte Jean-Pierre Roemen und Lou Linster betrifft die Überschwemmungskatastrophe am 14. Juli.

Die abgeänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

2 Mitteilungen des Schöffenkollegiums

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel berichtet, dass Leudelingen am 17. September offiziell an das vel'OH-Mietfahrradsystem angeschlossen wurde.

Es ist eine Einweihungszeremonie am 15. Oktober an der Station in der Rue du Lavoisier geplant, zeitgleich mit der Veranstaltung „Vide grenier“.

Zum Flex-Carsharing-System sind neue Statistiken über die Nutzung verfügbar. Zwischen dem 1. Juni und dem 25. September sind 50 Reservierungen getätigt worden.

Das Innenministerium hat den neuen „Allgemeine Bebauungsplan“ (PAG) sowie den neuen „Teilbebauungsplan“ (PAP) Quartiers existants genehmigt. Die Bürgermeisterin erinnert daran, dass nur fünf Bemerkungen an das Innenministerium gerichtet wurden. Der Bemerkung bezüglich der Scheune des Ehepaars

Hoffmann sei Rechnung getragen worden und das Gebäude werde nur noch teilweise als schützenswert erklärt. PAG und PAP Quartiers existants sind am 17. September veröffentlicht worden und sind demnach in Kraft getreten.

Die Leudelinger Kirmes am 18. und 19. September ist trotz der CovidCeck-Sicherheitsmaßnahmen ein großer Erfolg gewesen. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel dankt dem Schöffen Raphael Gindt und dem kommunalen Personal für die Organisation der Kirmes.

Am 16. September fand die Vernissage zur Vorstellung des Buches „Paysages préurbains – Leudelage la naturelle“ im Ausstellungsraum des Restaurants Yabani statt. Das Interesse war groß und die Veranstaltung zeigte, dass es richtig war, das Haus Steichen zumindest vorübergehend als Erweiterung des Kulturzentrums „An der Eech“ zu nutzen. Das Buch kann jeder Einwohner der Gemeinde kostenlos im Rathaus beziehen.

Die anfänglichen Probleme mit den Nachbarn des Restaurants Yabani haben sich gelöst. Der Schöffenrat hat eine Delegation der Anwohner empfangen und es sind bereits einige Änderungen erfolgt.

Beim Abbau der Hochspannungsleitung in Schlewenhof gibt es Fortschritte. Der Betreiber SOTEL habe mitgeteilt, dass alle nötigen Genehmigungen vorliegen und dass sogar eine Umweltprüfung zum Abbau der Hochspannungsleitung nötig ist. Der Abbau der bestehenden Leitung kann noch in diesem Jahr beginnen.

Die Bauarbeiten in der Rue de la Gare bzw. der Rue de Cessange

schreiten gut voran. Die Rue de la Gare erhält in wenigen Wochen ihren endgültigen Belag und ist dann wieder ganz befahrbar. Der Abschnitt der Rue de Cessange zwischen der Kirche und der Kreuzung beim „Café Beim Karin“ wird bis Allerheiligen fertiggestellt sein. Die Arbeiten am Teilstück zwischen besagter Kreuzung und der Einfahrt zum Domaine Schmiseleck stehen aber auf wackeligen Füßen, weil der Netzbetreiber CREOS eventuell nicht mehr teilnehmen will.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass der „Séchere Schoulwee“ bereits funktioniert. Der Schöffenrat habe das Projekt noch vor Schulanfang starten wollen. Max Backes vom Planungsbüro Schroeder Associés wird die Initiative noch in der Sitzung vorstellen.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel berichtet über die rezenten Überschwemmungen in der Gemeinde. Auch wenn die extremen Wetterphänomene in diesem Sommer nicht vorhersehbar waren, habe der Schöffenrat konsequent gehandelt. Auch die Fragen der beiden Räte Jean-Pierre Roemen und Lou Linsler habe man analysiert und der Gemeinderat wird unter Punkt 9. der Tagesordnung näher auf die Problematik eingehen.

Rat Jean-Pierre Roemen möchte wissen, ob der Betreiber CFL Mobility schon Rückmeldung über die erhoffte Nutzung des Flex-Carsharing-Systems gegeben habe, da sich dieses noch in einer Testphase befindet. Die Bürgermeisterin bestätigt, dass die CFL sich erst gegen Ablauf der Testphase zu den Nutzerzahlen äußern wird. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel ist der Meinung, dass solche Projekte trotz möglicher

Anfangsschwierigkeiten von den Gemeinden unterstützt werden sollten. Rat Jean-Pierre Roemen begrüßt, dass der Abbau der SOTEL-Leitung noch in diesem Jahr beginnen wird.

Rat Patrick Calmus ist überrascht, dass das Flex-System offenbar im Dorf mehr Erfolg habe als in der Gewerbezone. Er begrüßt, dass das vel'OH-System endlich in der Gemeinde verfügbar sein wird. Dies erlaubt es den Einwohnern auch, vom Dorfkern aus andere Bushaltestellen zu erreichen, die eine bessere Verbindung zur Hauptstadt bieten.

Patrick Calmus möchte zudem wissen, ob absehbar sei, wann das Teilstück der Rue de Cessange zwischen der Kreuzung beim „Café Beim Karin“ und der Einfahrt zum Domaine Schmiseleck fertiggestellt sein werde. Die Bürgermeisterin erklärt, dass die Verhandlungen noch laufen, um die CREOS wieder zur Teilnahme zu bewegen. Das Stromnetz müsse ohnehin in den kommenden Jahren erneuert werden und die Gemeinde versuche, Druck zu machen, damit dies nun im Rahmen der aktuellen Arbeiten gemacht werde. Schöffe Jean-Paul Sunnen geht davon aus, dass der Rückzieher der CREOS mit den aktuell hohen Preisen im Bausektor zusammenhängt. Möglicherweise habe die firmeninterne Kontrollstelle deswegen die Notbremse gezogen.

Rätin Christiane Hamen begrüßt im Hinblick auf die Vernissage zur Buchvorstellung und die Kirmes, dass das soziale Leben in der Gemeinde trotz Covid-19 wieder zum Leben erwacht sei. Besonders die Vernissage war gut besucht und eine Bereicherung des kulturellen Lebens. Christiane Hamen begrüßt die Einführung des „Séchere

Schoulwee“. Sie hofft, dass das Projekt zur Sensibilisierung der Sicherheit bei den Schülern zum Thema beitragen wird und sowohl Kinder als auch Eltern zu mehr Bewegung auf dem Schulweg bewegen werde.

Rat Lou Linster begrüßt, dass der neue Allgemeine Bebauungsplan endlich in Kraft ist. Die Einführung des vel’OH-Systems sei begrüßenswert und schaffe eine engere Anbindung an die Hauptstadt. Vier Stationen könnten aber nur der Anfang sein und eine Erweiterung des Netzes, beispielsweise Richtung Schleiwenhaff, müsse später folgen. Rat Lou Linster begrüßt, dass die Anwohner des Yabani vom Schöfferrat empfangen worden sind und ein Konsens erzielt worden ist. In Sachen PAG möchte er nähere Details über den Schutz des Hauses Hoffmann erfahren.

Zum Problem mit dem Yabani erklärt Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel, dass der Schöfferrat die Sorgen der betroffenen Anwohner sehr wohl ernst genommen und den Dialog gesucht habe. Sie könne den Vorwurf nicht gelten lassen, dass der Schöfferrat hier nicht aktiv geworden sei. Andererseits entspreche das Yabani durchaus dem Wunsch vieler Leudelinger, wie es aus dem Workshop über die Neugestaltung des Dorfkerns hervorging, nach einem besseren kulturellen Angebot. Es sei aber immer möglich, nur die negativen Seiten zu sehen. Der Schöfferrat habe seine Pflicht in ihren Augen jedoch erfüllt.

Zu der Frage nach zusätzlichen vel’OH-Stationen erklärt die Bürgermeisterin, dass die Gemeinde auf dieser Ebene nur Antragstellerin ist. Der Betreiber JCDecaux habe seine eigenen Kriterien, die darüber entscheiden, ob und wo

eine zusätzliche Station installiert wird.

Gemeindeingenieur Marc Schmit berichtet, dass beim Haus Hoffmann nur die, der Straße zugewandte Seite, geschützt sei. Die Pläne sind bereits geändert und mit dem neuen PAG veröffentlicht worden. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel bestätigt dies und erklärt, dass die Anpassung der Pläne der Grund war, dass die Veröffentlichung des PAG erst Anfang September stattfinden konnte.

3 Bauordnung

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass nach der Veröffentlichung des neuen PAG und des PAP Quartiers existants nun die Genehmigung der neuen Bauordnung anstehe. Die bisherige Fassung stammt aus dem Jahr 1977. Die Neufassung ist mit Hilfe des Planungsbüros Dewey Muller ausgearbeitet und sowohl im Gemeinderat als auch in der Baukommission diskutiert worden. Die Bürgermeisterin drückt ihre Hoffnung aus, dass die neue Bauordnung dazu beitragen werde, dass Leudelingen sich weiterentwickelt, aber dabei eine schöne und lebenswerte Gemeinde bleibt.

Rat Jean-Pierre Roemen bedauert, dass eine Reihe der Vorschläge aus den Arbeitssitzungen nicht zurückbehalten worden sind. Er kündigt an, dass Rat Lou Linster näher auf diese Punkte eingehen wird.

Schöffe Jean-Paul Sunnen begrüßt die Neufassung der Bauordnung, auch wenn er sich persönlich weitere Änderungen gewünscht hätte.

Rat Patrick Calmus ist ebenfalls erfreut, dass die Neufassung vorliegt

Rätin Christiane Hamen ist der Ansicht, dass viele Forderungen aus den Arbeitssitzungen erfüllt worden sind. Sie persönlich störe es jedoch weiterhin, dass Parklifts in der Gemeinde ganz verboten sein sollen. Sie sei sich bewusst, dass solche Lifte Nachteile hätten, sei aber der Meinung, dass diese Technik heutzutage genutzt werden sollte, insbesondere wenn es keine Alternativen gebe. Die meisten anderen Gemeinden würden solche Lifte zulassen. Sie bittet den Gemeinderat, die Entscheidung noch einmal zu überdenken, oder zumindest keine Bauprojekte aus diesem Grund zu blockieren.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel weist darauf hin, dass die vorgeschlagene Fassung der Bauordnung ein Kompromiss ist, der die Vorstellungen aller Beteiligten widerspiegeln soll. Änderungen sind prinzipiell immer möglich, falls sie einen Sinn ergeben. Sie sei jedoch der Meinung, dass Parklifte wie bisher untersagt bleiben sollten, auch weil sie technisch derart komplex sind, dass sie wahrscheinlich stark zur Preissteigerung von Immobilien beitragen werden.

Rat Marcel Jakobs teilt die Auffassung, dass die neue Bauordnung eine Kompromisslösung ist. Er stelle sich jedoch angesichts der rezenten Überschwemmungen die Frage, ob das Dokument nicht besondere Vorschriften bezüglich des Hochwasserschutzes enthalten müsse, um spätere Probleme für die Gemeinde zu verhindern. Die Bürgermeisterin erklärt, dass sie sich unter Punkt 9. der Tagesordnung eingehender zum Thema Hochwasserschutz äußern werde. Sie unterstreicht, dass es in den vom Hochwasser betroffenen Vierteln bei der Neufassung des Allgemeinen Bebauungsplans, Diskussionen und

sogar eine Petition gegeben habe, um noch näher am Bachlauf bauen zu können. Die Gemeinde habe diesen Forderungen nachgegeben, doch die Folgen habe man Mitte Juli vor Ort sehen können. Sie wehre sich gegen die Darstellung, dass die Gemeinde allein verantwortlich sei, weil sie dort Baugenehmigungen erteilt habe. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erwähnt die seit Jahren geplante Renaturierung des Bachlaufs in Schleiwenhaff an, die zwar im Sinne des Hochwasserschutzes sei, aber nicht durchgeführt werden könne, da einige Privatbesitzer sich weigern, die nötigen Parzellen abzutreten.

Rat Lou Linster begrüßt, dass zahlreiche Vorschläge aus den Arbeitssitzungen der Baukommission berücksichtigt worden seien. Er will wissen, warum der Artikel 37 betreffend das Verbot, dauerhaft Wohnmobile auf Privatgrundstücken zu parken, ersatzlos gestrichen worden sei. Gemeindeingenieur Marc Schmit unterstreicht, dass eine Bauordnung leichter zu ändern sei, als beispielsweise der Allgemeine Bebauungsplan. Es gibt eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Randgemeinden der Hauptstadt und des Ministeriums, in der weiter über derartige Themen wie Wohnmobile diskutiert wird.

Rat Lou Linster unterstreicht, dass einige Neuerungen der Bauordnung durchaus zu begrüßen sind, unter anderem die Tatsache, dass nun drinsteht, in welchem Fall eine Baugenehmigung überhaupt nötig sei. Dann seien die vorgeschriebenen Abstände für Reklameschilder und Entlüftungsgitter vergrößert bzw. reduziert worden, was positiv ist. Bei privaten Schwimmbädern sei ebenfalls eine gute Lösung gefunden worden, die es erlaube, eine mobile Abdeckung von 1,3

Metern Höhe zu installieren. Die Tatsache, dass der Zugang zu den Parkplätzen von Ein- oder Zweifamilienhäusern nun weniger restriktiv geregelt sei, gilt ebenfalls als Verbesserung. Aus ökologischer Sicht sehr begrüßenswert ist, bei der Isolation von Fassaden zwingend natürliche oder mineralische Materialien zu nutzen.

Bei der Herabsetzung der Mindestfläche für Wohnungen von 35 auf 30 Quadratmeter habe der Schöffenrat den Kompromiss aus den Arbeitsgruppen umgesetzt, was angesichts der hohen Immobilienpreise ein ausgezeichnete Schritt sei. Dann sind auch noch die neuen Vorschriften für Abrissarbeiten als positiv einzustufen.

Jedoch seien eine Reihe von Forderungen der Arbeitsgruppen nicht umgesetzt worden. Da wäre zunächst die Begrenzung des Gefälles bei Zufahrtsrampen, die bedauerlicherweise auf 15 Prozent beschränkt werde. In der Musterverordnung des Ministeriums seien 16 Prozent, wenn nötig auch bis zu 20 Prozent bei Einfamilienhäusern erlaubt, was wesentlich mehr Möglichkeiten bei der Erschließung der Parzellen erlaube.

Rat Lou Linster ist der Meinung, dass die neue Bauordnung an manchen Stellen von den entsprechenden Formulierungen der Musterverordnung abweicht.

Im Kapitel 4 über die Zugänglichkeit von Gebäuden für Menschen mit eingeschränkter Mobilität gebe es Unklarheiten. Beim ersten Unterpunkt des Artikel 87 sei beispielsweise nicht ersichtlich, was genau mit „toutes les constructions nouvelles de six unités de logement ou six unités non destinées au logement“ gemeint sei.

Gemeindeingenieur Marc Schmit bewertet, dass die Formulierung im Artikel 87 wohl absichtlich so gewählt wurde, um wirklich alle Gebäudetypen zu erfassen.

Rat Lou Linster ist der Meinung, dass die Formulierung in der Musterverordnung wesentlich klarer ist. Zum dritten Punkt von Artikel 87, der einen behindertengerechten Ausbau bei der Nutzungsänderung eines Mehrfamilienhauses vorschreibt, möchte er wissen, ob mit dem Begriff Mehrfamilienhaus hier ein Dreifamilienhaus gemeint sei, da dies, der in Leudelingen üblichen Definition entspreche. Gemeindeingenieur Marc Schmit ist der Meinung, dass die Definitionen in den beiden angesprochenen Artikeln einheitlich gestaltet werden sollten.

Schöffe Jean-Paul Sunnen bemerkt, die Musterverordnung sei allgemein in diesem Bereich zu restriktiv und würde dazu führen, dass fast jede Wohnung behindertengerecht umgebaut werden musste, was realitätsfremd sei.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel warnt davor, den vorliegenden Text überstürzt zu ändern, da dies unter Umständen Anpassungen an anderen Stellen mit sich bringe. Die Grundbotschaft sei ohnehin, dass ab sechs Wohneinheiten aufwärts ein behindertengerechter Ausbau vorgeschrieben ist.

Zu Kapitel III-4 der Bauordnung, welches die Bewohnbarkeit der Wohnungen regelt, merkt Rat Lou Linster an, dass der Bürgermeister in diesem Bereich nun keine Ausnahmeregelungen mehr treffen dürfe.

Rat Lou Linster ist zudem der Meinung, dass Abwasserpumpen in Stockwerken erlaubt sein sollten, die nicht an den Kanal angeschlossen werden können, da sie in Sonderfällen eine praktikable Lösung sind. Solche Pumpen seien nicht nur in der Musterverordnung vorgesehen, sondern auch in zahlreichen anderen Gemeinden erlaubt. Er werde eine entsprechende Motion einreichen. Auch Parkklifte sollen seiner Ansicht nach genehmigungsfähig sein und auch hier werde er eine Motion einreichen, um das Verbot zu streichen.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass sie hinter dem Verbot von Abwasserpumpen stehe. Die rezenten Überschwemmungen hätten gezeigt, dass es ohnehin schon genügend Probleme mit Abwasser gebe und man wolle nicht den Bau von Gebäuden genehmigen, die bei Hochwasser und Stromausfall unter Umständen noch anfälliger für Hochwasser sind.

Rat Marcel Jakobs ist der Meinung, dass Pumpen in Sonderfällen erlaubt sein sollten, da an vielen Stellen der Gemeinde der Kanal nicht ausreichend tief liege. Die Bürgermeisterin gibt zu bedenken, dass es beispielsweise in Schleiwenhaff ohnehin schon Probleme gebe, da der Ortsteil in einem Feuchtgebiet liegt. Man wolle durch die Genehmigung von Pumpen nicht noch weitere Probleme schaffen.

Schöffe Jean-Paul Sunnen schlägt vor, die Motion von Rat Lou Linster zu den Pumpen zu ändern, sodass die Genehmigung nur für den PAP Quartiers existants gilt. Es sei in seinen Augen nicht empfehlenswert, solche Genehmigungen für Neubauten zu erlassen. In diesem Fall müsse der Bauherr sich den Gegebenheiten anpassen.

Rat Lou Linster erklärt, dass seine Motion in diesem Sinne gedacht war und keinesfalls den systematischen Einsatz von Pumpen anvisiere. Er hoffe, dass auch die zweite Motion bezüglich der Parkklifte angenommen werde. Die Bürgermeisterin unterstreicht, dass es nicht weise sei, über Motionen abzustimmen, ohne den Zusammenhang mit den bestehenden Bestimmungen vorher zu analysieren.

Rat Tom Berend bittet Gemeindeingenieur Marc Schmit um dessen Einschätzung. Marc Schmit erklärt, dass es in der Vergangenheit durchaus Probleme mit ausgefallenen Abwasserpumpen gegeben habe, was zu der Entscheidung geführt habe, diese zu verbieten. Er gibt auch zu bedenken, dass derartige Anlagen gewöhnlich nicht vom Besitzer, sondern vom Bauträger installiert werden. In diesem Zusammenhang spielen natürlich finanzielle Überlegungen eine stärkere Rolle, so dass aus Kostengründen die Qualität und Zuverlässigkeit der Anlagen nicht immer gegeben sei. Auch die Wartung der Pumpen werde von Privatleuten oft vernachlässigt. Bei den rezenten Überschwemmungen habe sich gezeigt, dass die Pumpen in der Regel ausfallen, weil der Keller unter Wasser steht und der Strom abgestellt ist.

Marc Schmit erklärt auch, dass heutzutage allgemein versucht werde, Gebäude nicht mehr so tief zu bauen, um aufwändige Erdarbeiten sowie Bauschutt zu vermeiden. Im Rahmen des neuen PAP Nouveaux quartiers gelte dieses Prinzip und man versuche Garagen nicht mehr ins Untergeschoss zu legen, sondern auf Straßenniveau. In Bezug auf Überschwemmungsrisiken sei dieser Ansatz natürlich ebenfalls sinnvoll. Er gibt zu

bedenken, dass sowohl Abwasserpumpen als auch Parkklifte sehr viel Strom verbrauchen würden, was nicht im Sinne einer erwünschten energetischen Nachhaltigkeit sei. In der Praxis gebe es dann auch dort mehr Probleme mit der Abwasserentsorgung, wo Pumpen im Einsatz sind. Eine herkömmliche Abwasserentsorgung, die nur auf der Schwerkraft basiere, sei auch für die Besitzer wesentlich unproblematischer, da diese oft mit der Technik überfordert seien. Die Gemeinde verlege mittlerweile den Kanal tiefer, sobald dieser erneuert wird, so dass die Tiefe in der Praxis nur noch selten ein Problem darstelle. Es sind nur eine Handvoll Stellen in der Gemeinde, wo es tatsächlich ein Problem aufgrund des Kanals gibt. Parkklifte sind aufgrund des Energieverbrauchs, aber auch bei der Überschwemmungsgefahr problematisch.

Rat Lou Linster wirft ein, dass zumindest eine Genehmigung in Ausnahmefällen möglich sein sollen. Rätin Christiane Hamen macht den selben Vorschlag, was die Pumpe betrifft. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel gibt zu bedenken, dass die Bauträger dann in der Regel immer versuchen würden, eine Ausnahmegenehmigung zu erhalten und erklärt, dass es besser wäre, klare Regeln aufzustellen.

Rat Marcel Jakobs schlägt vor, nur dort Abwasserpumpen zuzulassen, wo der Kanal Probleme bereite und die Installation von Pumpen dort zu verbieten, wo es ein Überschwemmungsrisiko gibt. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass die Bestimmungen der Bauordnung global gültig und dass Ausnahmegenehmigungen für die Sonderfälle gedacht sind.

Rat Marcel Jakobs regt ebenfalls an, bei überschwemmungsgefährdeten Gebäuden Rückschlagklappen vorzuschreiben. Die Bürgermeisterin erklärt, dass die Installation solcher Vorrichtungen ratsam sei. Die Gemeinde plane ohnehin, eine Reihe von Schutzmaßnahmen zu unterstützen.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel unterstreicht, dass die Gemeinde bei Überschwemmungsrisiken nur Empfehlungen machen könne. Die Verantwortung liege im Endeffekt beim Bauherren oder beim Besitzer, der nicht gezwungen werden könne, solche Maßnahmen umzusetzen. Die Bürgermeisterin schlägt vor, die strittigen Fragen zur Abstimmung zu bringen.

Die Motion von Rat Lou Linster über eine Genehmigung von Abwasserpumpen in Ausnahmefällen wird mit sechs Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und zwei Enthaltungen angenommen.

Die Motion von Rat Lou Linster über eine allgemeine Genehmigung von Parkliften wird mit sechs Ja-Stimmen und drei Enthaltungen angenommen.

Die Bauordnung selbst wird einstimmig genehmigt.

4 Festlegung des kommunalen Gewerbesteuersatzes für das Jahr 2022 (siehe Punkt 5.)

5 Festlegung des Grundsteuersatzes für das Jahr 2022

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass die Debatte zu den Punkte 4. und 5. der Tagesordnung zur Debatte zusammengelegt werden.

Der Schöffenrat schlägt vor, den Grundsteuersatz der Kategorie B1 für gewerbliche und industrielle Gebäude anzuheben. Die

Chancen der Gemeinde, mit ihrer Reklamation bezüglich der kommunalen Gewerbesteuer vor Gericht zu bestehen sind sehr gering. Die Bürgermeisterin erinnert daran, dass die Einnahmen der Grundsteuer direkt in die Gemeindekasse fließen würden, während die Gewerbesteuer der Betriebe in der Gemeinde an die Steuerverwaltung gezahlt werde, die die Gelder dann anhand eines komplizierten Verteilungsmechanismus an die Gemeinden verteile. In den kommenden Jahren kämen hohe Kosten für den Unterhalt der Gewerbebezonen auf die Gemeinde zu, da die Infrastrukturen erneuert werden müssen. Dies sei vor dem Hintergrund des neuen Finanzierungsgesetzes der Gemeinden von 2016 kaum noch bezahlbar.

Der Schöffenrat habe zunächst vorgeschlagen, die Gewerbesteuer von 250 auf 225 Prozent zu senken, aber gleichzeitig die Grundsteuer der Kategorie B1 für gewerblich und industriell genutzte Gebäude von derzeit 500 auf 3.000 Prozent anzuheben. Die Finanzkommission sei mit dem Vorschlag zur Grundsteuer nicht einverstanden gewesen und habe stattdessen eine Erhöhung von nur 1.500 Prozent vorgeschlagen. Dies sei aber nicht ausreichend, um die Verluste auszugleichen.

Der Schöffenrat schlägt demnach vor, die Gewerbesteuer unverändert bei 250 Prozent zu belassen, die B1-Grundsteuer auf 1.500 Prozent anzuheben, jedoch die anderen Grundsteuersätze unverändert zu lassen.

Schöffe Jean-Paul Sunnen erklärt, dass die Gemeinde während fünf Jahren eine Kompensation in Höhe von etwa 900.000 Euro jährlich erhalten habe. Jean-Paul Sunnen ist der Ansicht, dass das Gemeindefinanzierungsgesetz

von 2016 katastrophale Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen habe. Leudelingen spare mittlerweile Geld mit jedem Betrieb, der die Gemeinde verlasse, was nicht im Sinne des Schöffenrates ist. Beim Ministerium sei man leider auf wenig Verständnis für diese Problematik gestoßen. Da die Gemeinde jedoch ihre Infrastrukturen finanzieren muss, sind neue Einnahmequellen zu schaffen. Der Schöffenrat habe die Reduzierung der Gewerbesteuer bei gleichzeitiger Erhöhung der B1-Grundsteuer vorgeschlagen, da so die Steuerlast für die Unternehmen relativ konstant bleibe, aber die Gelder dafür direkt in die Gemeindekassen fließen.

Rat Tom Berend ist der Ansicht, dass es für die Betriebe besser ist, sofort einen höheren Grundsteuersatz einzuführen, anstatt dies in zwei Schritten zu tun.

Schöffe Raphael Gindt schließt sich seinen beiden Vorrednern an.

Rätin Christiane Hamen erläutert als Vorsitzende der Finanzkommission, wie es zu dem Kompromiss in der Finanzkommission gekommen sei. Einige der Mitglieder hätten sich zunächst recht vehement gegen eine zusätzliche Belastung der Unternehmen ausgesprochen. Um den Betrieben entgegenzukommen und eine Polemik zu vermeiden, sei als Alternative eine Erhöhung in zwei Stufen vorgeschlagen worden.

Rat Marcel Jakobs ist der Meinung, dass es besser wäre, den Grundsteuersatz in einem Schritt auf 3.000 Prozent zu erhöhen. Er befindet jedoch, dass die Unternehmen in dem Fall gleichzeitig durch eine Senkung der Gewerbesteuer auf 225 Prozent entlastet werden sollten.

Rätin Christiane Hamen unterstreicht, dass die Finanzkommission sich einig war, die Gründe der Erhöhung der Grundsteuer der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Rat Lou Linster erklärt, dass er einen entsprechenden Vorschlag von 2018 im Gemeinderat gemacht habe. Er schließt sich der Position der Bürgermeisterin an, was den ursprünglichen Vorschlag der Kommission betreffe, die ihren Vorschlag offenbar nicht durchgerechnet habe. Er sei dafür, dass die Unternehmen nicht stärker belastet werden, aber absolut dagegen, ihnen Geschenke zu machen.

Der Vorschlag, die Gewerbesteuer auf 225 Prozent zu senken, sei nachvollziehbar, da dies ohnehin dem Mindestsatz entspreche. Es ändere kaum etwas an der Summe, die die Gemeinde vom Staat zurückgezahlt bekommt. Er rechnet, dass die Gemeinde bei einem B1-Grundsteuersatz von 3.000 Prozent rund 1,8 Millionen einnehmen würde. Bei durchschnittlich 25 Millionen Euro Gewerbesteuereinnahmen entspreche die vorgeschlagene Senkung zehn Prozent, also 2,5 Millionen. Die Gemeinde schenke den Unternehmen demnach rund 700.000.

Schöffe Jean-Paul Sunnen bemerkt, dass nicht alle Unternehmen gleich belastet würden. Rat Lou Linster gibt ihm Recht, ist aber der Ansicht, dass die Umverteilung von Gewerbe- auf Grundsteuer nie ein Nullsummenspiel sein könne. Er habe jedoch nachgerechnet, dass erst ab einem Grundsteuersatz von etwa 4.000 Prozent ein Ausgleich erzielt werde.

Schöffe Jean-Paul Sunnen ist der Ansicht, dass die Rechnung nicht ganz genau wäre. Der Vorschlag des Schöffenrates sei

ausreichend, um ein ungefähres Gleichgewicht zu erzielen. Zudem habe man die Umverteilung bewusst moderater gestalten wollen.

Rat Marcel Jakobs gibt zu bedenken, dass eine Mehrbelastung bei der Grundsteuer kleinere Unternehmen stärker belastet als dies bei der Gewerbesteuer der Fall sei. Schöffe Jean-Paul Sunnen schätzt, dass nur etwa vier oder fünf Betriebe davon merklich betroffen wären.

Rat Lou Linster bemerkt, dass Leudelingen ohnehin einen der niedrigsten Gewerbesteuersätze des Landes habe. Es sei offensichtlich, dass aufgrund Schritte nötig sind, um den finanziellen Handlungsspielraum der Gemeinde zu erhalten. Er plädiert dafür, die B1-Grundsteuer in einem einzigen Durchgang anzuheben, wenn möglich auf 4.000 Prozent.

Rat Patrick Calmus erklärt als Mitglied der Finanzkommission, dass diese sich bemüht habe, eine ausgeglichene Lösung im Sinne eines Nullsummenspiels zu finden. Die Gründe sollten den Unternehmen mitgeteilt werden, da es für Außenstehende nicht immer ersichtlich ist, wie solche Steigerungen zustande kämen. Er könne mit dem Vorschlag leben.

Rätin Christiane Hamen unterstreicht, dass sämtliche Zahlen der genannten Gemeindefinanzen in der Finanzkommission auf dem Tisch lagen. Ein Satz von 3.000 Prozent sei auf allgemeine Ablehnung gestoßen, so dass sich ein Kompromiss bei 1.500 Prozent gefunden habe. Ursprünglich seien sogar nur 1.000 Prozent vorgeschlagen worden.

Rat Lou Linster ist der Ansicht, dass bei einer Erhöhung des

B1-Grundsteuersatzes auf 3.000 Prozent die Gewerbesteuer besser nicht gesenkt werden solle, da sonst bei einer zweiten Erhöhung der Grundsteuer kein Spielraum mehr zur Senkung der Gewerbesteuer bleibe. Er halte es nach wie vor besser, einen radikalen Schritt zu vollziehen.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel gibt bekannt, dass unter diesen Aspekten der Schöffenrat bereit sei, diesen radikalen Schritt mitzutragen. Der Vorschlag, der zur Abstimmung komme, laute demnach, die Gewerbesteuersatz auf 225 Prozent zu senken und den B1-Grundsteuersatz auf 4.000 Prozent zu heben.

Der kommunale Gewerbesteuersatz von 225 Prozent wird einstimmig angenommen.

Der Grundsteuersatz der Kategorie B1 von 4.000 Prozent wird einstimmig genehmigt.

Alle anderen Grundsätze bleiben unverändert.

6 Nutzungsvertrag WOODEN

Die Bürgermeisterin erklärt, dass die Gemeinde ein Grundstück in der Gewerbezone „Am Bann“ während drei Jahren an einen Bauträger vermietet, um eine Baustelleninstallation einzurichten. Das Bauprojekt betreffe das Wooden-Gebäude, den neuen Sitz der Versicherungsgesellschaft Bâloise. Es ist auch ein Vertragszusatz zu genehmigen, da die Baustelle mehr Fläche als ursprünglich geplant benötige. Die Miete beträgt 3.000 Euro monatlich.

Der Nutzungsvertrag wird einstimmig angenommen.

7 Sanfte Mobilität

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass das Schöffenkollegium die Nutzung des neuen vel'OH-Systems fördern wolle und deshalb beschlossen habe, jedem Einwohner die Kosten für das erste Jahresabonnement in Höhe von 18 Euro zu erstatten. Das Angebot gelte zwischen dem 1. Oktober 2021 und dem 30. September des kommenden Jahres. Um die Subvention zu finanzieren, müsse zudem ein neuer Artikel im laufenden Haushalt geschaffen werden.

Schöffe Jean-Paul Sunnen erklärt, dass die Gemeinde Informationsmaterial über die Benutzung des Vel'OH Systems bereithalten werde.

Rat Marcel Jakobs möchte wissen, wie die Erstattung abgewickelt werden soll. Die Bürgermeisterin erklärt, dass dies über ein Formular geschehe, wie bei der Fahrradprämie.

Die Subvention für vel'OH-Abonnements wird einstimmig genehmigt.

Der neue Haushaltsartikel wird einstimmig genehmigt.

8 SIDERO, finanzielle Beteiligung an den Abwasserentsorgungskosten der Stadt Luxemburg, Abrechnung für das Geschäftsjahr 2020

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erwähnt, dass Leudelingen Mitglied im SIDERO-Abwassersyndikat sei, das die Gemeinde beim Bau des Kanalkollektors, sowie anderer Elemente des Abwassernetzes, wie den Rückhaltebecken oder der Kläranlage zur Seite stehe. Die Gemeinde Leudelingen besitzt keine Kläranlage, sondern leite sein Abwasser zur großen Kläranlage

der Stadt Luxemburg in Beggen. Die Abwasserbereinigung sei über eine Konvention geregelt und stelle einen hohen Ausgabenposten dar. Die Kosten für das Jahr 2020 belaufen sich auf rund 312.000 Euro. Die Unkosten würden zwar über den Jahresbeitrag der SIDERO bezahlt, es handele sich aber um eine wichtige Abrechnung, die vom Gemeinderat genehmigt werden müsse.

Die Abrechnung wird einstimmig genehmigt.

9 Gewässermanagement

9a Subventionierung verschiedener Maßnahmen zum Schutz vor Überschwemmungen und Hochwasser und Fragen der Räte Linster und Roemen zu den Überschwemmungen am 14. Juli.

9b Haushaltsänderung, neuer Haushaltsartikel

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel teilt mit, dass der Schöffenrat nach den rezenten Überschwemmungen beschlossen hat, bestimmte Schutzmaßnahmen gegen Überschwemmungen zu subventionieren. Sie wolle jedoch zunächst auf die Fragen eingehen, die von den Räten Jean-Pierre Roemen und Lou Linster zur Überschwemmungskatastrophe am 14. Juli eingereicht wurden.

Die Bürgermeisterin informiert, dass von den Überschwemmungen größtenteils Häuser in

Schleiwenhaff in der Rue de la Vallée und in der Rue Schleiwenhaff betroffen waren. Es seien keine Schäden an öffentlichen Gebäuden oder in landwirtschaftlichen Betrieben entstanden. Die Höhe der Schäden kann der Schöffenrat nicht beziffern, da die Gemeinde nicht über die nötigen Informationen von den Privatbesitzern verfüge.

Die Rue de la Gare sei überschwemmt worden, weil sich Wasser in den angrenzenden Feldern gesammelt und dann die Straße überflutet habe. Die Rohre, die den Bach unter der Straße hindurchführen, seien weder unter- noch überdimensioniert, sondern schlichtweg nicht für derart hohe Wassermengen konzipiert gewesen. Es habe sich hier um ein extremes Wetterphänomen gehandelt, auf das niemand vorbereitet gewesen sei. Die schlimmen Folgen habe man in der Eifel gesehen, wo Menschen zu Tode gekommen seien, weil nicht mit einer derartigen Flutkatastrophe gerechnet worden war.

Der Schöffenrat wolle prüfen lassen, ob der Bachlauf an der Rue de la Gare geändert werden könne, um die Fließrichtung des Wassers zu ändern und das Abfließen des Wassers zu verzögern. Die Gemeinde wolle zusammen mit dem Wasserwirtschaftsamt (AGE) und dem Planungsbüro Luxplan eine Impactstudie anfertigen lassen, um herauszufinden,



welche weiteren Schutzmaßnahmen ratsam sind.

Der Schöffenrat ist jedoch der Meinung, dass die angrenzenden Gemeinden auch in die Impaktstudie einbezogen werden müssten. Es ist nämlich zu befürchten, dass aufgrund neuer Bauprojekte in Reckingen/Mess die Bodenversiegelung im Quellgebiet des Zéissenger Bachs vergrößert werde und sich das Problem dadurch verschlimmere.

Probleme gebe es ebenfalls bei der geplanten Renaturierung des Bachs, der parallel zur Schleiwenhaffer Straße läuft. Letztere ist bisher am Widerstand privater Grundbesitzer gescheitert. Bei der Ausarbeitung des neuen Allgemeinen Bebauungsplans sei sogar von den Anwohnern im Schleiwenhaff gefordert worden, noch näher an den Bach bauen zu dürfen. Die Gemeinde habe dieser Forderung nachgegeben, doch die Folgen habe man Mitte Juli vor Ort sehen können. Bei der Renaturierung müsse zudem darauf geachtet werden, dass keine Pflanzen im Bachlauf den Ablauf des Wassers verzögern. Der Schöffenrat habe nach den Überschwemmungen sofort eine Reinigung des Baches zwischen der Rue Schleiwenhaff und den Rückhaltebecken „A Bowent“ veranlasst.

Überschwemmungen seien eine Gefahr, mit der die Gemeinde in Zukunft rechnen muss.

Bei den rezenten Überschwemmungen sei mehr Regen gefallen, als der Boden aufnehmen können.

Der Schöffenrat hat über den Bau zusätzlicher Rückhaltebecken oder mobiler Sperrwände nachgedacht. Es sei jedoch schwer zu ermitteln, wo solche Maßnahmen sinnvoll sind,

da Erfahrungswerte angesichts derartiger Wetterphänomene fehlen.

Das Rückhaltebecken in der Eelchesgewan sei während der Überschwemmungen hilfreich gewesen. Die Tatsache, dass bisher in der Rue de la Vallée noch nie ein derart hoher Wasserstand beobachtet worden sei, sei lediglich auf die extremen Niederschläge zurückzuführen. Abwassernetze und Rückhaltebecken sind nicht für solche Extremsituationen ausgelegt.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, der Schöffenrat habe mit den betroffenen Einwohnern geredet. Sie war persönlich zusammen mit dem technischen Dienst und der Feuerwehr vor Ort gewesen und bedauere, dort kein weiteres Mitglied des Gemeinderats angefragt zu haben. Die Feuerwehr habe zunächst versucht, das Wasser mit Hilfe von Pumpen und Sandsäcken zurückzuhalten, dies habe sich aber nach einiger Zeit als unausführbar erwiesen. Nach der Überschwemmung habe der technische Dienst bei den Aufräumarbeiten geholfen. Die Gemeinde habe Container zur Verfügung gestellt, um den Abfall zu beseitigen.

Die Internetseite der Gemeinde informiert darüber, welche Hilfen von staatlicher Seite zu beziehen sind.

Der Schöffenrat hat beschlossen, allen Wohnungsbesitzern eine Subvention anzubieten, um Hochwasserschutzmaßnahmen oder Rückstauklappen installieren zu lassen. Der Vorschlag sehe eine Kostenübernahme von 20 Prozent vor, die auf 5.000 Euro pro Maßnahme gedeckelt sei. Welche Maßnahmen wirklich sinnvoll sind muss analysiert werden. Beim Oberflächenwasser ist

die Problematik sehr komplex. Es ist schwer vorherzusagen welche Stellen betroffen sind. Rückstauklappen können fast überall am Abfluss zum Kanal installiert werden.

Da solche baulichen Maßnahmen jedoch recht teuer sind, hat sich der Schöffenrat zur Subventionierung entschlossen. Die betreffende Regelung soll ab dem 1. Oktober 2021 gelten, entsprechende Formulare werden auf der Internetseite der Gemeinde veröffentlicht.

Rat Jean-Pierre Roemen bedankt sich für die Antworten, bemerkt aber, dass er sowie Rat Lou Linsster selbst vom Hochwasser betroffen gewesen seien. Deshalb konnten sie nicht vor Ort anwesend sein.

Schöffe Jean-Paul Sunnen erhofft sich von der angesprochenen Studie von Luxplan eine wissenschaftliche Planungsbasis für den Hochwasserschutz. Die Studie müsse in seinen Augen aber konkrete Maßnahmen vorschlagen, die zeitnah umsetzbar seien. Es gebe zudem jetzt schon einige Ideen, die ziemlich einfach umzusetzen seien. Das Problem liegt jedoch immer in der Beschaffung der nötigen Grundstücke, die oft zähe Verhandlungen verursachen. Er hofft auch, dass das Umweltministerium die nötigen Genehmigungen schnell ausstellen wird. Er ist der Überzeugung, dass begrenzte bauliche Maßnahmen an bestimmten Orten sinnvoll seien.

Rat Patrick Calmus möchte wissen, ob lediglich Maßnahmen, die nach dem 1. Oktober 2021 umgesetzt werden, subventionierbar sind. Schöffe Jean-Paul Sunnen erklärt, dass der Schöffenrat sich sicher nicht weigern werde, solche Maßnahme gegen Beleg rückwirkend zu subventionieren.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel schlägt vor, ein früheres Datum zu wählen. Der Schöffe Jean-Paul Sunnen schlägt vor, das Inkrafttreten der Subvention auf den 1. Oktober zu datieren, und die Frist für umgesetzte Maßnahmen auf den 1. Juni festzulegen. Jeder Antragsteller, der die Umsetzung einer Hochwasserschutzmaßnahme in diesem Zeitraum nachweisen könne, habe dann Recht auf die Subvention. Rat Patrick Calmus ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Rätin Christiane Hamen begrüßt die Subvention, insbesondere vor dem Hintergrund, dass aufgrund des Klimawandels in Zukunft mit einer Häufung solcher Extremwetterphänomene gerechnet werden müsse. In ihren Augen steht die Gemeinde in der Verantwortung, bei Bauprojekten in hochwassergefährdeten Zonen auf die Risiken hinzuweisen. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel ist der Meinung, dass Vorbeugung hilfreich sei, aber auch aufgrund der Freiwilligkeit zu bestimmten Schutzvorkehrungen ihre Grenzen habe.

Rat Marcel Jakobs will wissen, ob die beiden Rückhaltebecken der Gemeinde wie vorgesehen ihren Dienst verrichtet hätten. Die Bürgermeisterin bestätigt, dass das Becken in der Eelchesgewan wie vorgesehen funktioniert habe. Gemeindeingenieur Marc Schmit bestätigt auch, dass die Becken wie vorgesehen funktionieren hätten.

Rat Lou Linster bemerkt, dass das vom Schöfferrat angeführte Argument, ein effektiver Hochwasserschutz scheitere auch am Widerstand der Anwohner, die ihre Grundstücke nicht zur Verfügung stellten, fadenscheinig sei. Einige der betroffenen Häuser in der Rue de la Vallée seien

80 bis 100 Meter vom Bach entfernt gewesen und in der Rue de Schleiwenhaff habe es schwere Schäden an den Häusern gegeben, die 50 Meter vom Bachlauf entfernt seien. Eine Reduzierung der bebaubaren Zone um wenige Meter sei für ihn keine Lösung.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel ist der Meinung, dass gegen derart extreme Regengängen nichts auszurichten sei. Sie ist jedoch überzeugt, dass eine Renaturierung die Hochwassergefahr verringert, da sich das Wasser besser ausbreiten kann und der Abfluss verzögert wird. Die Stadt Luxemburg setzte dieses Konzept derzeit mit der Renaturierung der Petrus um.

Rat Lou Linster bedauert, dass die Bevölkerung am 14. Juli nicht rechtzeitig gewarnt worden sei. Er stellt aber fest, dass dies an jenem Tag offenbar nirgendwo gelungen sei. Er fordert die Gemeinde auf, sich in Zukunft die materielle Möglichkeit zu geben, die Bevölkerung zeitnah zu warnen. Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel gibt zu bedenken, dass in solchen Extremfällen auch die Wetterdienste überfordert waren, die die Warnung herausgaben. Die Regierung habe eingesehen, dass es auf nationaler Ebene Pannen mit dem Frühwarnsystem gegeben habe. In den Mitte Juli betroffenen Gebieten habe es ihres Wissens zuvor noch nie derartige Überschwemmungen gegeben. Die Katastrophe sei schlichtweg nicht vorhersehbar gewesen.

Die Bürgermeisterin gibt zu bedenken, dass die Gemeinde verhältnismäßig gut davongekommen sei, da keine Menschen zu Schaden gekommen seien. Die Feuerwehr habe überschwemmte Häuser betreten müssen, in denen der Strom noch

eingeschaltet war. Sie halte es für wichtig, sich selbst ein Bild von solchen Risiken zu machen. Schleiwenhaff bleibt eine Problemzone bei Überschwemmungen, wie die Risikokarten des Wasserwirtschaftsamts zeigen, die auf Geoportail.lu verfügbar sind.

Schöffe Jean-Paul Sunnen ist ebenfalls der Meinung, dass die Gemeinde ein besseres Frühwarnsystem braucht. Die Regierung arbeite bereits auf nationaler Ebene an einem verbesserten System. Im Rahmen des Katastrophenschutzes wird eine Prozedur geschaffen, die die Maßnahmen für die Gemeinden regle. Effektiver Katastrophenschutz müsse global organisiert und akribisch geplant werden. Alleingänge von Gemeinden machen keinen Sinn. Jean-Paul Sunnen weist darauf hin, dass der Grund für die hohen Opferzahlen im deutschen Ahrtal nicht ein Versagen des Frühwarnsystems gewesen sei, sondern die Tatsache, dass die Warnung in den Gemeinden offenbar nicht ernst genommen wurde.

Rat Lou Linster fragt, ob der Bachlauf von der Gemeinde oder vom Wasserwirtschaftsamt gereinigt worden sei. Die Bürgermeisterin erklärt, dass dies von der Gemeinde in Absprache mit dem Amt und dem Förster gemacht wurde, da die Arbeiten sich sonst verzögert hätten. Rat Lou Linster fordert, dass das Wasserwirtschaftsamt dieser Aufgabe in Zukunft zeitnah nachkommt. Er erklärt, dass die Gemeinde Dippach ihren Einwohnern Sandsäcke zur Verfügung gestellt habe, die zu Hause gelagert werden können, um bei Überschwemmungen schneller reagieren zu können. Er schlägt vor, dies auch in Leudelingen anzubieten. Die Bürgermeisterin erklärt, dass die Gemeinde nach

den Überschwemmungen ihren eigenen Vorrat an Sandsäcken aufgestockt habe. Sie gibt aber zu bedenken, dass die Säcke richtig gelagert werden müssen, um einen effektiven Schutz zu bieten.

Rat Lou Linster möchte wissen, ob zusätzliche Rückhaltebecken westlich der Rue de la Gare geplant seien. Die Bürgermeisterin erklärt, dass es im Moment keine konkreten Pläne dazu gebe. Der Schöffenrat wolle die Ergebnisse der Studie abwarten, um zu wissen, was zu tun sei. Die Lösung des Problems werde wohl eine eingehende Analyse und eine Vielzahl an Maßnahmen nötig machen. Der Schöffenrat stelle die Frage, ob die nötigen Grundstücke verfügbar sind.

Schöffe Jean-Paul Sunnen erklärt, der Schöffenrat sei im Rahmen einer eingehenden Planung bereit, Rückhaltebecken zu bauen. Er weist jedoch darauf hin, dass zahlreiche weitere Faktoren eine Rolle spielen. Maisfelder würden beispielsweise die Fließgeschwindigkeit des Wassers erhöhen. Dies sei in Leudelingen noch kein übermäßiges Problem gewesen, aber es zeige auf, worauf man alles achten müsse.

Rat Lou Linster beklagt, die angesprochenen Risikokarten auf Geoportail.lu nicht gefunden zu haben. Gemeindeingenieur Marc Schmit bestätigt, dass die Karten existieren. Sie würden zeigen, dass das Problem in Schleiwenhaff an der Topografie des Geländes am Zusammenfluss beider Bachläufe liege. Der technische Dienst der Gemeinde hat dem Wasserwirtschaftsamt auch Vorschläge gemacht, die als sinnvoll erachtet worden sind. Trotzdem ist eine vorherige Studie wichtig, da sie das komplexe Zusammenspiel verschiedener Maßnahmen

untersucht. Die Bürgermeisterin unterstreicht, dass der Schöffenrat sich bereits nach der Überschwemmung im Juni mit dem Wasserwirtschaftsamt ausgetauscht habe.

Die Bürgermeisterin erklärt, dass zusätzlich zur Subventionsverordnung ein betreffender Artikel im Haushalt genehmigt werden muss, der die Maßnahme mit 50.000 Euro finanziere.

Die Subvention wird einstimmig genehmigt.

Die Schaffung des neuen Haushaltsartikels wird einstimmig genehmigt.

10 Maison relais Leudelingen: Genehmigung der Abrechnung 2019 Genehmigung der Abrechnung 2020

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel teilt mit, dass es sich darum handelt, die Jahresabrechnungen der Maison Relais für die Jahre 2019 und 2020 zu genehmigen. Die Maison relais hat 2019 rund 988.000 Euro gekostet, 25 Prozent dieser Summe, also rund 247.000 Euro, gehen zu Lasten der Gemeinde, der Rest wird vom Staat getragen. Die Kosten für das Jahr 2020 haben bei insgesamt 1,12 Millionen Euro gelegen, hier betrage der 25-prozentige Anteil der Gemeinde rund 270.000 Euro.

Rat Lou Linster fragt, was sich der Unterschied des Belegungsgrads (taux d'occupation) in der Abrechnung bedeutet. Gemeindegeschäftsführer Marc Thill erklärt, dass es sich um einen Wert im Zusammenhang mit der internen Buchführung beim Roten Kreuz handelt. Details werden nachgefragt.

Rat Marcel Jakobs stellt fast,

dass die Kosten zwischen 2019 und 2020 massiv gestiegen seien. Die Bürgermeisterin erklärt, dass dies vor allem auf die Covid-19-Pandemie zurückzuführen sei.

Die Abrechnung der Maison relais für das Jahr 2019 wird einstimmig genehmigt.

Die Abrechnung der Maison relais für das Jahr 2020 wird ebenfalls einstimmig genehmigt.

11 Sêchere Schoulwee

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erinnert daran, dass der Schöffenrat am 17. Februar 2020 dem Planungsbüro Schroeder & Associés den Auftrag gegeben habe, ein Konzept für einen sicheren Schulweg auszuarbeiten. Anschließend sei das Projekt in Zusammenarbeit mit der Schulkommission ausgearbeitet worden. Ziel der Initiative sei es, die Kinder wieder dazu zu motivieren, zu Fuß zur Schule zu gehen. Dazu sei ein Schulweg nötig, auf dem die Gefahrenstellen so weit wie möglich reduziert werden und die Verkehrsteilnehmer über die Präsenz der Kinder informiert sind. Max Backes vom Planungsbüro Schoeder & Associés stellt das Projekt kurz dem Gemeinderat vor.

12 Ankauf zweier Waldparzellen

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass eine private Besitzerin der Gemeinde den Ankauf zweier Waldparzellen im Wëllerbësch am Atzebiërg angeboten habe. Der Schöffenrat schlägt vor, die Parzellen zu erwerben. Der Kaufpreis beträgt 8.490 Euro bei einer Gesamtfläche von 28,30 Ar, was einem Preis pro Ar von 300 Euro entspreche.

Der Kaufvertrag wird einstimmig genehmigt.

13 Erwachsenenbildung: Genehmigung der Verträge mit den Lehrbeauftragten

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel teilt mit, dass die Verträge der Lehrbeauftragten für die Luxemburgisch- und Informatikkurse der Gemeinde zu genehmigen seien. Am Kursangebot habe sich gegenüber dem Vorjahr nichts geändert. Es werden weiterhin zwei Luxemburgischkurse für Anfänger und Fortgeschrittene angeboten. Zusätzlich würden verschiedene Informatikkurse angeboten.

Die Verträge der Lehrbeauftragten für die Luxemburgischkurse werden einstimmig genehmigt.

Auch die Verträge der Lehrbeauftragten für die Informatikkurse werden einstimmig genehmigt.

14 Motionen der Gemeinderatsmitglieder

Rat Patrick Calmus stellt eine Motion vor, in der er die Installation eines Trinkbrunnens am Freizeitkomplex Schwéngsweed sowie an anderen Stellen der Gemeinde vorschlägt. Patrick Calmus erklärt, dass eine solche Maßnahme sich anbiete, da es ein Problem mit Müll und weggeworfenen Getränkeflaschen rund um den Freizeitkomplex gibt. Ein Trinkbrunnen könne in seine Augen helfen, diese Menge an zurückgelassenen Verpackungen zu reduzieren.

Bürgermeisterin Diane Bisenius-Feipel erklärt, dass im Rahmen der Erneuerung des Schulhofs bereits die Installation eines Trinkbrunnens geplant sei. Sie ist jedoch der Meinung, dass die Installation eines solchen Brunnens an der Schwéngsweed zu

diesem Zeitpunkt nicht dringend ist. Um unnötige und womöglich aufwändige Arbeiten zu vermeiden, schlägt der Schöffenrat vor, die Installation eines solchen Brunnens im Rahmen zukünftiger Arbeiten vorzusehen. Die Mitglieder des Gemeinderats einigen sich nach einer kurzen Debatte darauf, den Vorschlag umzuformulieren und dementsprechend abzustimmen.

Die Motion wird in abgeänderter Form einstimmig angenommen.

15 Korrespondenz, Fragen an das Bürgermeister- und Schöffenkollegium

Marcel Jakobs stellt fest, dass rezente Waldarbeiten im Gaalgebësch mit schwerem Gerät massive Schäden an den Wegen verursacht hätten. Er möchte wissen, warum die Arbeiten zu diesem Zeitpunkt verrichtet worden seien. Die Bürgermeisterin erklärt, dass solche Arbeiten üblicherweise im Sommer durchgeführt werden, da der Boden trockener ist. Aufgrund der feuchten Witterung hätten die Arbeiten dieses Jahr trotzdem auf durchnässtem Boden durchgeführt werden müssen, was die größeren Schäden erkläre. Die Arbeiten seien laut Förster aus Sicherheitsgründen erfolgt, da zahlreiche Bäume sich dort in schlechtem Zustand befinden. Die Bürgermeisterin aber geht davon aus, dass die Schäden nach Abschluss der Arbeiten beseitigt werden.

Rat Lou Linster berichtet über Gerüchte, dass bereits Anmeldungen im geplanten Altersheim möglich seien. Er wolle wissen, ob dies zutrefte. Gemeindesekretär Marc Thill erklärt, dass es seit der Präsentation des Projekts ein Formular gebe, mit dem sich Interessenten bei der Gemeinde anmelden könnten, um Informationen zu erhalten. Schöffe

Jean-Paul Sunnen erklärt, dass das Projekt gut voranschreite und die Bauarbeiten voraussichtlich Ende 2022 beginnen können.

Rat Lou Linster erkundigt sich auch über die Fortschritte des Projekts Jugendwohnen. Die Bürgermeisterin erklärt, dass dieses Projekt sich in der Planungsphase befinde. Es gibt Diskussionen mit Interactions über die Preisgestaltung des Projektes.

Rat Lou Linster will wissen, ob sich Interessenten für das Projekt des Gemeinschaftsgartens gemeldet hätten. Schöffe Raphael Gindt erklärt, dass sich mehr Interessenten als erwartet gemeldet haben. Die Finalisierung des Projekts sei im Gange. (Ende der öffentlichen Sitzung)

16 Liste der Anträge zur Wahrnehmung des Vorkaufsrechts

Es lagen dem Gemeinderat keine Anträge auf Vorkaufsrecht vor.

17 Personalangelegenheiten: (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

In nicht öffentlicher Sitzung erhielt Herr Nicolas REMY eine Reduzierung seiner provisorischen Dienstzeit (Stage).

18 Beratende Kommissionen

In nicht öffentlicher Sitzung wurden zwei Mitglieder der Integrationskommission, Frau Simone LUPARIA und Frau Julia SAMULINA, den Rücktritt aus dieser Kommission gewährt. Die beiden Mitglieder ziehen aus Leudelingen aus und können deshalb nicht mehr länger Mitglieder in der Integrationskommission bleiben.

Mesures de prévention contre les inondations

CONSEIL COMMUNAL DU 28 SEPTEMBRE 2021

Présents:

Diane Bisenius-Feipel,
bourgmestre, Jean-Paul Sunnen,
échevin

Conseillers: Tom Berend, Marcel
Jakobs, Lou Linster, Patrick
Calmus, Christiane Schmit-Hamen

L'échevin Rapahel Gindt et le
conseiller Jean-Pierre Roemen
assistent à la séance per
visioconférence

Secrétaire communal: Marc Thill

- | | |
|---|--|
| <p>1 Approbation de l'ordre du jour, Approbation;</p> <p>2 Communications;</p> <p>3 Règlement sur les bâtisses, Approbation;</p> <p>4 Fixation du taux de l'impôt commercial communal pour l'année 2022, Approbation;</p> <p>5 Fixation des taux de l'impôt foncier pour l'année 2022, Approbation;</p> <p>6 Contrat d'occupation précaire WOODEN, Approbation contrat et avenant;</p> <p>7 Mobilité douce:</p> <p>7a Subside pour abonnement Vel'OH;</p> <p>7b Modification budgétaire, création d'un article;</p> <p>8 SIDERO, participation financière aux coûts d'assainissement avec la Ville de Luxembourg, décompte pour l'exercice 2020, Approbation;</p> <p>9 Gestion des eaux de surface:</p> <p>9a Subventionnement de diverses mesures de protection contre les inondations et les crues subites;</p> | <p>9b Modification budgétaire, création d'un article;</p> <p>10 Maison Relais Leudelange;</p> <p>10a Décompte 2019, approbation;</p> <p>10b Décompte 2020, approbation;</p> <p>11 Séchere Schoulwee; Présentation;</p> <p>12 Acquisition de deux parcelles boisées, Approbation du compromis de vente;</p> <p>13 Cours adultes, Approbation des contrats avec les chargés de cours;</p> <p>14 Motions des conseillers;</p> <p>15 Correspondance, questions au Collège des bourgmestre et échevins;</p> <p>16 Liste des demandes du droit de préemption:</p> <p>16a Discussion, huis clos;</p> <p>16b Décision,</p> <p>17. Affaire de personnel (huis clos), Demande de réduction du service provisoire;</p> <p>18. Commissions consultatives (huis clos), Démission de deux membres de la commission de l'intégration.</p> |
|---|--|

1 Approbation de l'ordre du jour

Le bourgmestre Diane Bisenius-Feipel souhaite la bienvenue aux membres du Conseil communal à la première réunion après la pause estivale, qui se déroule à nouveau dans la salle de réunion au 2^e étage de la mairie depuis le début de la pandémie de Covid 19. La salle de réunion a été rénovée et les réunions se tiendront sous le régime «Covid-Check» jusqu'à nouvel ordre.

Il y a également quelques modifications apportées à l'ordre du jour. Au point 10. Il s'agit d'approuver les deux comptes annuels 2019 et 2020 de la Maison relais. Au point 18. deux démissions sont à approuver au lieu d'une seule. Une motion a également été reçue par le conseiller Patrick Calmus, demandant l'installation d'une fontaine publique. Une question a également été reçue pour le Collège des bourgmestre et échevins de la part du

conseiller Marcel Jakobs concernant les travaux forestiers dans le «Gaalgebësch». Une autre question des conseillers Jean-Pierre Roemen et Lou Linster concerne les inondations désastreuses du 14 juillet.

L'ordre du jour modifié est adopté à l'unanimité.

2 Communications par le Collège des Bourgmestre et Echevins

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel informe que la commune de Leudelange adhèrera officiellement au système de vélos en libre-service vel'OH! L'inauguration aura lieu le 15 octobre à la station située Rue du Lavoir. Ce tiendra également le même jour le vide grenier. Concernant le système «Flex»-Carsharing, les statistiques sur l'utilisation de voiture de location sont désormais disponibles. Entre le 1 juin et 25 septembre 2021, 50 réservations ont été enregistrées.

Le ministère de l'Intérieur a approuvé le nouveau «Plan d'Aménagement Général (PAG) ainsi que le nouveau «Plan d'Aménagement Partiel (PAP) «Quartiers existants». La bourgmestre rappelle que seuls cinq remarques ont été envoyées au ministère de l'Intérieur. La remarque concernant la grange du couple Hoffmann a été prise en compte et le bâtiment n'est plus que partiellement déclaré digne de protection. Les PAG et PAP «Quartiers existants» ont été publiés le 17 septembre et sont donc en vigueur.

La Kermesse de Leudelange qui avait eu lieu les 18 et 19 septembre fut un grand succès malgré les mesures de sécurité «Covid-Check». La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel a remercié l'échevin Raphael Gindt et le personnel communal pour l'organisation de la fête foraine.

Le vernissage de la présentation

du livre «Paysages préurbains - Leudelange la naturelle» a eu lieu dans la salle d'exposition du restaurant «Yabani» le 16 septembre. L'intérêt était grand et l'événement a montré qu'il était juste d'utiliser la maison Steichen, au moins temporairement, comme une extension du centre culturel «An der Eech». Tout habitant de la commune peut obtenir gratuitement ce livre auprès de la mairie.

Les problèmes initiaux avec les voisins du restaurant «Yabani» se sont calmés. Le Collège des bourgmestre et échevins a reçu une délégation des résidents et certains changements ont déjà été effectués.

Le démantèlement de la ligne à haute tension à Schleiwenhaff progresse. L'opérateur SOTEL avait informé que tous les permis nécessaires ont été obtenus et que même une évaluation environnementale est nécessaire pour le démantèlement de la ligne à haute tension. Le démantèlement de la ligne existante pourra commencer cette année.

Les travaux dans la Rue de la Gare et la Rue de Cessange, respectivement, avancent bien. La Rue de la Gare recevra son revêtement final dans quelques semaines et sera alors à nouveau entièrement praticable. Le tronçon de la Rue de Cessange entre l'église et le carrefour près du café «Beim Karin» sera terminé pour la Toussaint. Cependant, les travaux sur le tronçon situé entre cette intersection et l'entrée du Domaine Schmiseleck sont fragiles car le gestionnaire de réseau CREOS pourrait éventuellement ne pas vouloir y participer.

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique que le «Séchere Schoulwee» fonctionne déjà. Le Collège des bourgmestre et

échevins avait souhaité que le projet soit lancé avant la rentrée scolaire. Max Backes, du bureau d'études Schroeder Associés, présentera l'initiative lors de la séance.

La bourgmestre informe sur les récentes inondations qui ont violemment frappé la commune l'été dernier.

Même si les phénomènes météorologiques extrêmes de cet été n'étaient pas prévisibles, le Collège des bourgmestre et échevins a agi de manière cohérente. Les questions des deux conseillers Jean-Pierre Roemen et Lou Linster ont également été analysées et le Conseil communal y reviendra plus en détail au point 9 de l'ordre du jour.

Le conseiller Jean-Pierre Roemen souhaite savoir si l'opérateur CFL Mobility avait déjà donné son avis sur l'utilisation espérée du système de covoiturage «Flex», ce dernier étant encore en phase de test. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel confirme que les CFL ne feront pas de commentaires sur le nombre d'utilisateurs avant la fin de la période d'essai. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel est d'avis que de tels projets devraient être soutenus par les communes malgré d'éventuelles difficultés initiales. Le conseiller Jean Pierre Roemen se félicite du fait que le démantèlement de la ligne SOTEL commencera cette année.

Le conseiller Patrick Calmus s'étonne que le système «flex» semble avoir plus de succès dans le village que dans la zone commerciale. Il se félicite que le système «vel'OH» soit enfin disponible dans le village. Cela permettra également aux résidents d'accéder à d'autres arrêts de bus depuis le centre du village, ce qui offrira de meilleures liaisons avec la capitale, ajoute-il.

Le conseiller Patrick Calmus aimerait également savoir s'il est possible de prévoir quand le tronçon de la Rue de Cessange entre le croisement du café «Beim Karin» et l'entrée du Domaine Schmiseleck sera terminé. La bourgmestre explique que les négociations étaient toujours en cours pour que CREOS participe à nouveau. Le réseau électrique devrait de toute façon être renouvelé dans les années à venir et que la commune essayait de faire pression pour que cela soit fait dans le cadre des travaux actuels. L'échevin Jean-Paul Sunnen suppose que le retrait de CREOS est lié aux prix élevés actuels dans le secteur de la construction. Il est possible que ce soit la raison pour laquelle le service de contrôle interne de l'entreprise a tiré le frein à main.

La conseillère Christiane Hamen se félicite du fait que la vie sociale de la commune ait repris vie malgré le Covid-19, en vue du vernissage du lancement du livre et de la foire. Le vernissage, en particulier, a été bien suivi et a enrichi la vie culturelle. Christiane Hamen se félicite de l'introduction du «Séchere Schoulwee». Elle espère que le projet contribuera à la sensibilisation à la sécurité des élèves et qu'il permettra aux enfants et aux parents de faire des efforts physiques sur le chemin de l'école.

Le conseiller Lou Linster se réjouit que le nouveau PAG soit enfin en vigueur. L'introduction du système «vel'OH» est bienvenue et crée un lien plus étroit avec la capitale. Cependant, quatre stations ne pouvaient être qu'un début et une extension du réseau, par exemple vers Schleiwenhaff, devait suivre plus tard. Le conseiller Lou Linster se félicite que les résidents du «Yabani» aient été reçus par le Collège des bourgmestre et

échevins et qu'un consensus ait été trouvé. En ce qui concerne le PAG, il aimerait avoir plus de détails sur la protection de la maison Hoffmann.

En ce qui concerne le problème du «Yabani», la bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique que le Collège des bourgmestre et échevins avait pris très au sérieux les préoccupations des résidents concernés et avait recherché le dialogue. Elle ne peut accepter l'accusation selon laquelle le Collège des bourgmestre et échevins n'a pas agi. D'autre part, le «Yabani» répond certainement au souhait de nombreux habitants de Leudelange, tel qu'il est ressorti de l'atelier sur le réaménagement du centre du village, de disposer d'une meilleure offre culturelle. Cependant, il est toujours possible de ne voir que les côtés négatifs. À ses yeux, cependant, le Collège des bourgmestre et échevins a rempli son devoir.

Sur la question des stations «vel'OH» supplémentaires, la bourgmestre explique que la commune n'est que demandeur à ce niveau. L'opérateur JCDecaux a ses propres critères pour décider si et où une station supplémentaire est installée.

Marc Schmit, ingénieur communal, signale que seul le côté de la maison Hoffmann donnant sur la route était protégé. Les plans ont déjà été modifiés et publiés avec le nouveau PAG. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel le confirme et explique que l'ajustement des plans est la raison pour laquelle la publication du PAG n'a pu avoir lieu qu'au début du mois de septembre.

3 Règlement sur les bâtisses

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique qu'après la publication du nouveau PAG et du PAP «Quartiers existants», l'approbation du nouveau règlement sur les bâtisses est maintenant en attente. La version précédente datait de 1977. La nouvelle version a été préparée avec l'aide du bureau d'urbanisme Dewey Muller et a été discutée tant au Conseil communal qu'à la commission des bâtisses. La bourgmestre a exprimé son espoir que le nouveau règlement aidera Leudelange à se développer davantage, tout en restant une belle commune où il fait bon vivre.

Le conseiller Jean-Pierre Roemen regrette qu'un certain nombre de propositions issues des séances de travail n'aient pas été retenues. Il annonce que le conseiller Lou Linster développera ces points. L'échevin Jean-Paul Sunnen se félicite de la nouvelle version du règlement sur les bâtisses, même s'il aurait personnellement souhaité que d'autres modifications soient apportées. Le conseiller Patrick Calmus se réjouit également de la disponibilité de la nouvelle version.

La conseillère Christiane Hamen estime que de nombreuses demandes formulées lors des séances de travail ont été satisfaites. Toutefois, elle reste personnellement perturbée par le fait que les ascenseurs de stationnement doivent être totalement interdits dans la commune. Elle est consciente que ces ascenseurs présentent des inconvénients, mais elle estime que cette technologie devrait être utilisée de nos jours, surtout s'il n'existe pas d'autres solutions. La plupart des autres communes autoriseraient de tels ascenseurs. Elle demande au Conseil communal de reconsidérer sa décision,

ou au moins de ne pas bloquer de projets de construction pour cette raison.

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel souligne que la version proposée du règlement sur les bâtisses est un compromis qui vise à refléter les idées de toutes les personnes concernées. En principe, les changements sont toujours possibles s'ils ont un sens. Elle est toutefois d'avis que les ascenseurs de parking doivent rester interdits comme auparavant, notamment parce qu'ils sont techniquement si complexes qu'ils risquent de contribuer fortement à la hausse des prix de l'immobilier.

Le conseiller Marcel Jakobs convient que les nouvelles règles de construction constituent une solution de compromis. Toutefois, compte tenu des récentes inondations, il se demande si le document ne devrait pas contenir des dispositions spéciales concernant la protection contre les inondations afin d'éviter des problèmes ultérieurs pour la commune. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel indique qu'elle interviendra plus en détail au sujet des mesures de protection contre les inondations au point 9. de l'ordre du jour. Elle souligne qu'il y a eu des discussions et même une pétition dans les quartiers touchés par les inondations lors de la révision du plan d'aménagement général afin de pouvoir construire encore plus près du cours du ruisseau. La commune a cédé à ces demandes, mais les conséquences ont pu être constatées sur place à la mi-juillet. Elle s'oppose à l'affirmation selon laquelle la commune est seule responsable parce qu'elle avait accordé des permis de construire à cet endroit. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel évoque la renaturation du ruisseau de Schleiwenhaff, prévue depuis des années,

mais qui, bien que dans l'intérêt de la protection contre les inondations, n'a pu être réalisée car certains propriétaires privés ont refusé de céder les parcelles nécessaires.

Le conseiller Lou Linster se félicite du fait que de nombreuses suggestions issues des séances de travail de la commission des bâtisses ont été prises en compte. Il souhaite savoir pourquoi l'article 37 concernant l'interdiction du stationnement permanent de camping-cars sur les propriétés privées a été supprimé sans être remplacé. Marc Schmit, ingénieur communal, explique qu'il était plus facile de modifier le règlement sur les bâtisses que le plan général d'aménagement. Un groupe de travail composé de représentants des communes voisines de la capitale et du ministère a été mis en place afin de poursuivre les discussions sur des questions telles que les camping-cars.

Le conseiller Lou Linster souligne que certaines innovations du règlement sur les bâtisses sont à saluer, notamment le fait qu'elles précisent désormais dans quels cas un permis de construire est nécessaire. Ensuite, les distances prescrites pour les panneaux publicitaires et les grilles de ventilation ont été augmentées ou réduites, ce qui est positif. Dans le cas des piscines privées, une bonne solution a également été trouvée, qui permet d'installer une couverture mobile de 1,3 mètre. Le fait que l'accès aux places de stationnement des maisons individuelles ou jumelées soit désormais moins restrictif est également considéré comme une amélioration. Très appréciée d'un point de vue écologique concernant l'isolation des façades, est l'utilisation obligatoire de matériaux naturels ou minéraux pour l'isolation.

En ce qui concerne la réduction de la surface minimale des appartements de 35 à 30 mètres carrés, le Collège des bourgmestre et échevins a mis en œuvre le compromis issu des groupes de travail, ce qui est une excellente mesure compte tenu des prix élevés de l'immobilier. Il convient également de noter que les nouvelles réglementations relatives aux travaux de démolition sont positives.

Cependant, un certain nombre de demandes des groupes de travail n'ont pas été mises en œuvre. Tout d'abord, il y a la limitation de la pente des rampes d'accès, qui est malheureusement limitée à 15%. Dans le règlement type du ministère, 16%, et si nécessaire jusqu'à 20%, étaient autorisés pour les maisons unifamiliales, ce qui permettait beaucoup plus de possibilités dans l'aménagement des lots.

Le conseiller Lou Linster pense que le nouveau règlement sur les bâtisses dévie à certains endroits de la formulation pertinente du règlement type du ministère.

Dans le chapitre 4 sur l'accessibilité des bâtiments pour les personnes à mobilité réduite, il y a des ambiguïtés. Dans le premier alinéa de l'article 87, par exemple, il n'est pas clair ce que l'on entend exactement par «toutes les constructions nouvelles de six unités de logement ou six unités non destinées au logement».

Marc Schmit, ingénieur communal, estime que la formulation de l'article 87 a été délibérément choisie afin de couvrir tous les types de bâtiments.

Le conseiller Lou Linster est d'avis que la formulation du règlement type est beaucoup plus claire. En ce qui concerne le troisième point de l'article 87, qui prescrit

une extension accessible aux handicapés en cas de changement d'affectation d'une maison multifamiliale, il aimerait savoir si le terme maison multifamiliale est entendu ici comme une maison à trois familles, car cela correspond à la définition habituelle à Leudelange. Marc Schmit, ingénieur communal, est d'avis que les définitions des deux articles mentionnés devraient être uniformisées.

L'échevin Jean-Paul Sunnen fait remarquer que l'ordonnance type est généralement trop restrictive dans ce domaine et qu'elle conduirait à ce que presque tous les appartements doivent être aménagés pour les personnes handicapées, ce qui n'est pas conforme à la réalité.

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel met en garde contre toute précipitation à modifier le texte actuel, car cela pourrait entraîner des ajustements ailleurs. Le message de base est qu'à partir de six logements, l'accès aux handicapés est obligatoire.

En ce qui concerne le chapitre III-4 du règlement des bâtisses, qui régit l'habitabilité des logements, le conseiller Lou Linster note que la bourgmestre n'était plus autorisé à faire des exceptions dans ce domaine.

Le conseiller Lou Linster estime également que les pompes à eaux usées devraient être autorisées dans les étages qui ne peuvent pas être raccordés à l'égout, car elles constituent une solution viable dans des cas particuliers. Ces pompes ne sont pas seulement prévues dans le règlement type, mais sont également autorisées dans de nombreuses autres communes. Il soumettra une motion à cet effet. Il pense également que les ascenseurs de stationnement devraient être

autorisés et il soumettra une motion pour supprimer l'interdiction à ce sujet également.

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique qu'elle est à l'origine de l'interdiction des pompes à eaux usées. Les récentes inondations ont montré qu'il y a suffisamment de problèmes avec les eaux usées comme cela, et on ne veut pas approuver la construction de bâtiments qui pourraient être encore plus susceptibles d'être inondés pendant les crues et les pannes de courant.

Le conseiller Marcel Jakobs est d'avis que les pompes devraient être autorisées dans des cas particuliers, car dans de nombreux endroits de la commune, l'égout n'est pas assez profond. La bourgmestre souligne qu'il y a déjà des problèmes à Schleiwenhaff, par exemple, car le quartier est situé dans une zone humide. Elle ne veut pas créer plus de soucis en approuvant les pompes.

L'échevin Jean-Paul Sunnen suggère d'amender la motion du conseiller Lou Linster sur les pompes afin que le permis ne s'applique qu'au PAP «Quartiers existants». Selon lui, il ne serait pas judicieux de délivrer de tels permis pour les nouveaux bâtiments. Dans ce cas, le développeur devra s'adapter aux circonstances.

Le conseiller Lou Linster explique que sa motion allait dans ce sens et ne visait en aucun cas l'utilisation systématique des pompes. Il espère que la deuxième motion concernant les ascenseurs de stationnement sera également adoptée. La bourgmestre souligne qu'il n'est pas judicieux de voter des motions sans analyser au préalable le lien avec les dispositions existantes.

Le conseiller Tom Berend

demande à l'ingénieur communal Marc Schmit son évaluation. Marc Schmit explique que des pompes d'épuration défectueuses ont posé des problèmes dans le passé, ce qui a conduit à la décision de les interdire. Il souligne également que ces systèmes ne sont généralement pas installés par le propriétaire, mais par le promoteur. Dans ce contexte, les considérations financières jouent naturellement un rôle plus important, de sorte que pour des raisons de coût, la qualité et la fiabilité des installations ne sont pas toujours données. L'entretien des pompes est également souvent négligé par les particuliers. Les récentes inondations ont montré que les pompes tombent généralement en panne parce que la cave est sous l'eau et que l'électricité est coupée.

Marc Schmit explique également qu'aujourd'hui, on essaie généralement de ne pas construire des bâtiments aussi profonds afin d'éviter des travaux de terrassement coûteux et des déchets de construction. Dans le cadre du nouveau PAP «Nouveaux quartiers», ce principe s'applique et on ne cherche plus à mettre les garages en sous-sol, mais au niveau de la Rue. En ce qui concerne les risques d'inondation, cette approche a bien sûr aussi du sens. Il souligne que les pompes à eaux usées et les ascenseurs de parking consomment beaucoup d'électricité, ce qui n'est pas dans l'esprit de la durabilité énergétique souhaitée. Dans la pratique, dit-il, les problèmes d'évacuation des eaux usées sont également plus nombreux là où des pompes sont utilisées. L'évacuation conventionnelle des eaux usées par simple gravité est également beaucoup moins problématique pour les propriétaires, qui sont souvent dépassés par la technologie. La commune pose désormais l'égout

plus profondément dès qu'il est renouvelé, de sorte que la profondeur est rarement un problème dans la pratique. Il n'y a qu'une poignée d'endroits dans la commune où il y a réellement un problème à cause de la canalisation. Les ascenseurs de parking sont problématiques en raison de la consommation d'énergie, mais aussi du risque d'inondation.

Le conseiller Lou Linster intervient pour dire qu'un permis devrait être au moins établi dans des cas exceptionnels. La conseillère Christiane Hamen fait la même suggestion concernant la pompe. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel fait remarquer que les promoteurs essaieraient alors généralement toujours d'obtenir un permis exceptionnel et explique qu'il serait préférable d'établir des règles claires.

Le conseiller Marcel Jakobs suggère de n'autoriser les pompes d'épuration que là où l'égout pose des problèmes et d'interdire l'installation de pompes là où il y a un risque d'inondation. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique que les dispositions du code du bâtiment s'appliquent globalement et que les exemptions sont destinées aux cas particuliers.

Le conseiller Marcel Jakobs suggère également que des clapets de recul soient exigés pour les bâtiments présentant un risque d'inondation. La bourgmestre explique que l'installation de tels dispositifs était souhaitable. La commune prévoit tout de même de soutenir un certain nombre de mesures de protection.

La bourgmestre souligne que la commune ne peut faire que des recommandations dans le cas de risques d'inondation. En définitive, la responsabilité incombe au

promoteur ou au propriétaire, qui ne peut être contraint de mettre en œuvre de telles mesures. La bourgmestre propose de soumettre les questions litigieuses à un vote.

La motion du conseiller Lou Linster sur un permis pour les pompes à eaux usées dans des cas exceptionnels est adoptée avec six voix pour, une voix contre et deux abstentions.

La motion du conseiller Lou Linster sur un permis général pour les ascenseurs de stationnement est adoptée avec six voix pour et trois abstentions.

Le règlement de construction lui-même est approuvé à l'unanimité.

4 Fixation du taux de l'impôt commercial communal pour l'année 2022; (Voir point 5)

5 Fixation des taux de l'impôt foncier pour l'année 2022

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique que le débat sur les points 4 et 5 de l'ordre du jour sera combiné.

Le Collège des bourgmestre et échevins propose d'augmenter le taux de l'impôt foncier de la catégorie B1 pour les bâtiments commerciaux et industriels. Les chances de la commune d'obtenir gain de cause au tribunal dans sa plainte concernant l'impôt commercial communal sont très minces. La bourgmestre rappelle que les recettes de l'impôt foncier iraient directement dans les caisses de la commune, tandis que l'impôt commercial entreprises de la commune serait versée à l'administration fiscale, qui distribuerait ensuite l'argent aux communes selon un mécanisme de répartition compliqué. Dans les années à venir, la commune devra faire face à des coûts

élevés pour l'entretien des zones d'activités, car les infrastructures devront être renouvelées. Dans le contexte de la nouvelle loi de financement des communes de 2016, cela ne serait guère abordable.

Le collège des bourgmestre et échevins avait initialement proposé de réduire l'impôt foncier de 250% à 225%, mais qu'il avait parallèlement augmenté l'impôt foncier de la catégorie B1 pour les bâtiments commerciaux et industriels, la faisant passer de 500% actuellement à 3.000%. La Commission des finances n'avait pas accepté la proposition relative à l'impôt foncier et avait plutôt proposé une augmentation de seulement 1.500%. Toutefois, cela n'a pas été suffisant pour compenser les pertes.

Le Conseil échevinal propose donc de laisser inchangé l'impôt commercial à 250%, d'augmenter l'impôt foncier B1 à 1.500%, mais de laisser inchangés les autres taux d'impôt foncier.

L'échevin Jean-Paul Sunnen explique que la commune a reçu une compensation d'environ 900.000 euros par an pendant cinq ans. Jean-Paul Sunnen estime que la loi sur le financement des communes de 2016 a eu un effet désastreux sur les finances de la commune. Leudelage économise maintenant de l'argent avec chaque entreprise qui quitte la commune, ce qui n'est pas dans l'esprit du Collège des bourgmestre et échevins. Malheureusement, le ministère n'a guère compris ce problème. Cependant, comme la commune doit financer ses infrastructures, de nouvelles sources de revenus doivent être créées. Le Collège des bourgmestre et échevins avait proposé une réduction de l'impôt commercial avec une augmentation simultanée de

l'impôt foncier B1, car cela permettrait de maintenir la charge fiscale sur les entreprises relativement constantes, mais l'argent entrerait directement dans les caisses de la commune.

Le conseiller Tom Berend estime qu'il est préférable pour les entreprises d'introduire immédiatement un taux d'imposition foncière plus élevé, plutôt que de le faire en deux étapes.

L'échevin Raphael Gindt partage l'avis des deux orateurs précédents.

La conseillère Christiane Hamen, en tant que présidente de la commission des finances, explique comment le compromis a été trouvé au sein de la commission des finances. Certains membres s'étaient initialement prononcés avec véhémence contre une charge supplémentaire pour les entreprises. Afin d'accommoder les entreprises et d'éviter une polémique, une augmentation en deux étapes a été proposée comme alternative.

Le conseiller Marcel Jakobs est d'avis qu'il serait préférable d'augmenter le taux de l'impôt foncier à 3.000 pour cent en une seule étape. Toutefois, il pense que dans ce cas, les entreprises devraient être soulagées en même temps en abaissant l'impôt foncier à 225%.

La conseillère Christiane Hamen souligne que la commission des finances a accepté de communiquer les raisons de l'augmentation de l'impôt foncier.

Le conseiller Lou Linster explique qu'il avait fait une proposition correspondante en 2018 au sein du Conseil communal. Il se rallie à la position de la bourgmestre concernant la proposition initiale de la commission, qui ne semble

pas avoir fait le calcul de sa proposition. Il est favorable à ce que l'on n'impose pas une charge plus lourde aux entreprises, mais absolument contre le fait de leur faire des cadeaux.

La proposition de réduire l'impôt commercial à 225% était compréhensible, car il s'agissait de toute façon du taux minimum. Cela ne changerait guère le montant que la commune récupère de l'État. Il calcule qu'avec un taux d'imposition de base de 3.000%, la commune percevrait environ 1,8 million. Avec une recette moyenne de taxe commerciale de 25 millions d'euros, la réduction proposée correspondrait à dix pour cent, soit 2,5 millions. En conséquence, la commune verserait aux entreprises environ 700.000 euros.

L'échevin Jean-Paul Sunnen fait remarquer que toutes les entreprises ne seraient pas soumises à la même charge. Le conseiller Lou Linster est d'accord avec lui, mais il est d'avis que la redistribution de l'impôt commercial à l'impôt foncier ne peut jamais être un jeu à somme nulle. Cependant, dit-il, il a fait les calculs et a constaté que ce n'est qu'à partir d'un taux d'imposition foncière d'environ 4.000% que la compensation est atteinte.

L'échevin Jean-Paul Sunnen est d'avis que le calcul ne serait pas tout à fait exact. La proposition du Collège des bourgmestre et échevins était suffisante pour atteindre un équilibre approximatif. En outre, la redistribution a été délibérément conçue pour être plus modérée.

Le conseiller Marcel Jakobs fait remarquer qu'une charge supplémentaire sur l'impôt foncier pèserait davantage sur les petites entreprises que ne le fait l'impôt commercial. L'échevin Jean-Paul

Sunnen estime que seuls quatre ou cinq commerces seraient sensiblement affectés.

Le conseiller Lou Linster fait remarquer que Leudelange a de toute façon l'un des taux de l'impôt foncier les plus bas du pays. Il est évident que des mesures sont nécessaires pour préserver la marge de manœuvre financière de la commune. Il plaide pour une augmentation de l'impôt foncier B1 en une seule fois, si possible à 4.000%.

Le conseiller Patrick Calmus, en tant que membre de la commission des finances, explique qu'elle a essayé de trouver une solution équilibrée dans le sens d'un jeu à somme nulle. Les raisons doivent être communiquées aux entreprises, car il n'est pas toujours évident pour les personnes extérieures de comprendre comment ces augmentations se produisent. Il peut vivre avec la proposition.

La conseillère Christiane Hamen souligne que tous les chiffres des finances communales mentionnés étaient sur la table de la commission des finances. Un taux de 3.000% avait été rejeté par tous, de sorte qu'un compromis avait été trouvé à 1.500%. À l'origine, seuls 1.000% avaient été proposés.

Le conseiller Lou Linster est d'avis que si le taux de l'impôt foncier B1 est porté à 3.000%, il serait préférable de ne pas réduire l'impôt foncier, car sinon il ne resterait aucune marge de manœuvre pour réduire l'impôt commercial en cas de seconde augmentation de l'impôt foncier. Il pense toujours qu'il vaut mieux prendre une mesure radicale.

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel annonce que sous ces aspects, le Collège des bourgmestre et échevins était prêt à

soutenir cette mesure radicale. En conséquence, la proposition soumise au vote consiste à réduire le taux de la taxe professionnelle à 225% et à porter le taux de la taxe de base B1 à 4.000%.

Le taux de l'impôt commercial communal de 225% est adopté à l'unanimité.

Le taux d'imposition de base B1 de 4.000% est approuvé à l'unanimité. Tous les autres principes restent inchangés.

6 Contrat d'occupation précaire WOODEN

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique que la commune a loué un terrain dans la zone commerciale «Am Bann» à un promoteur pour trois ans afin d'y installer un chantier de construction. Le projet de construction concerne le bâtiment «Wooden», le nouveau siège de la compagnie d'assurance Bâloise. Un avenant au contrat doit également être approuvé, car le chantier nécessite plus d'espace que prévu initialement. Le loyer est de 3.000 euros par mois.

Le contrat d'utilisation est approuvé à l'unanimité.

7 Mobilité douce

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique que le Collège des bourgmestre et échevins communal souhaitait encourager l'utilisation du nouveau système «vel'OH» et avait donc décidé de rembourser à chaque habitant le coût du premier abonnement annuel de 18 euros. L'offre serait valable entre le 1^{er} octobre 2021 et le 30 septembre de l'année prochaine. Afin de financer la subvention, il faudrait également créer un nouvel article dans le budget actuel.

L'échevin Jean-Paul Sunnen explique que la commune fournirait du matériel d'information sur l'utilisation du système Vel'OH.

Le conseiller Marcel Jakobs veut savoir comment le remboursement sera traité. La bourgmestre explique que cela se fera via un formulaire, comme pour la prime pour l'achat d'un cycle neuf.

La subvention pour les abonnements «vel'OH» est approuvée à l'unanimité.

Le nouvel article budgétaire est approuvé à l'unanimité.

8 SIDERO, participation financière aux coûts d'assainissement avec la Ville de Luxembourg, décompte pour l'exercice 2020

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel mentionne que Leudelage est membre du syndicat d'assainissement SIDERO, qui assiste la commune dans la construction du collecteur d'égouts, ainsi que d'autres éléments du réseau d'assainissement, tels que les bassins de rétention ou la station d'épuration. La commune de Leudelage ne dispose pas d'une station d'épuration, mais envoie ses eaux usées à la grande station d'épuration de la ville de Luxembourg à Beggen. Le traitement des eaux usées est réglementé par une convention et représente un poste de dépenses élevé. Les coûts pour 2020 s'élèvent à environ 312.000 euros. Les dépenses seraient payées par la contribution annuelle de SIDERO, mais il s'agit d'un compte important qui doit être approuvé par le Conseil communal.

Le compte est approuvé à l'unanimité.

9 Gestion des eaux de surface

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel annonce que le collège des bourgmestre et échevins a décidé de subventionner certaines mesures de protection contre les inondations après les récentes inondations. Toutefois, elle souhaite d'abord répondre aux questions posées par les conseillers Jean-Pierre Roemen et Lou Linster sur les inondations catastrophiques du 14 juillet.

La bourgmestre informe que les inondations ont surtout touché les maisons de Schleiwenhaff dans la Rue de la Vallée et la Rue Schleiwenhaff. Les bâtiments publics et les fermes n'ont pas subi de dégâts. Le Collège des bourgmestre et échevins n'est pas en mesure de donner une estimation des coûts des dommages engendrés par les récentes pluies torrentielles car la commune ne dispose pas des informations nécessaires auprès des propriétaires privés.

La Rue de la Gare a été inondée parce que l'eau s'est accumulée dans les champs adjacents et a ensuite inondé la route. Les tuyaux qui acheminaient le ruisseau sous la route n'étaient ni sous-dimensionnés ni surdimensionnés, mais simplement pas conçus pour des quantités d'eau aussi importantes. Il s'agissait d'un phénomène météorologique extrême auquel personne n'avait été préparé. Les terribles conséquences ont été constatées dans l'Eifel, où des personnes sont mortes parce qu'on ne s'attendait pas à une telle catastrophe naturelle.

Le Collège des bourgmestre et échevins veut faire examiner si le cours du ruisseau de la Rue de la Gare pouvait être modifié afin de changer la direction de l'écoulement des eaux et de retarder leur

ruissellement. La commune souhaite également faire réaliser une étude d'impact en collaboration avec le bureau de gestion des eaux (AGE) et le bureau d'études Luxplan afin de déterminer les mesures de protection supplémentaires à prendre.

Le Collège des bourgmestre et échevins estime toutefois que les communes voisines doivent également être incluses dans l'étude d'impact. Il est à craindre que les nouveaux projets de construction à Reckange/Mess augmentent l'imperméabilisation des sols dans les cours supérieurs du ruisseau de Cessange, aggravant ainsi le problème.

La renaturation prévue du ruisseau, qui est parallèle à la route de Schleiwenhaff, pose également des soucis. Cette dernière a jusqu'à présent échoué en raison de la résistance des propriétaires fonciers privés. Lors de l'élaboration du nouveau plan d'aménagement général, les habitants de Schleiwenhaff avaient même demandé à être autorisés à construire encore plus près du cours d'eau. La commune avait cédé à cette demande, mais les conséquences ont pu être constatées sur place à la mi-juillet. Lors de la renaturation, il fallait veiller à ce qu'aucune plante située dans le cours du ruisseau ne vienne perturber l'écoulement de l'eau. Après les inondations, le Collège des bourgmestre et échevins avait immédiatement ordonné le nettoyage du ruisseau entre la Rue Schleiwenhaff et les bassins de rétention «A Bowent».

Les inondations sont un danger auquel la commune doit s'attendre à l'avenir.

Lors des récentes inondations, il est tombé plus de pluie que le sol ne pouvait en absorber.

Le Collège des bourgmestre et échevins a envisagé la construction de bassins de rétention supplémentaires ou de murs de protection mobiles. Toutefois, il est difficile de déterminer où de telles mesures seraient utiles, car les valeurs empiriques font défaut face à de tels phénomènes météorologiques.

Le bassin de rétention d'Eelchesgewan a été utile pendant les inondations. Le fait que des niveaux d'eau aussi élevés n'avaient jamais été observés dans la Rue de la Vallée auparavant n'est dû qu'aux précipitations extrêmes. Les réseaux d'égouts et les bassins de rétention ne sont pas conçus pour des situations aussi extrêmes.

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique que Collège des bourgmestre et échevins avait parlé aux résidents concernés. Elle s'est personnellement rendue sur place avec le service technique et les pompiers et regrette de ne pas y avoir vu un autre membre du Conseil communal. Les pompiers avaient d'abord essayé de retenir l'eau à l'aide de pompes et de sacs de sable, mais après un certain temps, cela s'est avéré impossible. Après les inondations, le service technique avait participé aux travaux de nettoyage. La commune avait fourni des conteneurs pour enlever les déchets.

Le site web de la commune contient des informations sur les aides qui peuvent être obtenues auprès de l'État.

Le Collège des bourgmestre et échevins a décidé d'offrir une subvention à tous les propriétaires d'appartements pour qu'ils fassent installer des mesures de protection contre les inondations ou des clapets anti-refoulement. La proposition prévoit un

transfert de coûts de 20%, plafonné à 5.000 euros par mesure. Il convient d'analyser quelles mesures ont réellement un sens. Le problème des eaux de surface est très complexe. Il est difficile de prévoir quelles zones sont touchées. Les clapets anti-refoulement peuvent être installés presque partout à la sortie du canal d'écoulement.

Toutefois, comme ces mesures structurelles sont assez coûteuses, le Collège des bourgmestre et échevins a décidé de les subventionner. Le régime en question doit s'appliquer à partir du 1^{er} octobre 2021, et les formulaires correspondants seront publiés sur le site web de la commune.

Le conseiller Jean-Pierre Roemen souligne que lui et le conseiller Lou Linster avaient eux-mêmes été touchés par les inondations. Ils ne pouvaient donc pas être présents sur les différents sites touchés par les inondations.

L'échevin Jean-Paul Sunnen espère que l'étude Luxplan fournira une base scientifique pour la planification de la protection contre les inondations. À ses yeux, cependant, l'étude doit proposer des mesures concrètes pouvant être mises en œuvre en temps voulu. De plus, il existe déjà des idées qui sont assez faciles à mettre en œuvre. Le problème, cependant, réside toujours dans l'obtention du terrain nécessaire, ce qui entraîne souvent d'après négociations. Il espère également que le ministère de l'environnement délivrera rapidement les permis nécessaires. Il est convaincu que des mesures de construction limitées à certains endroits sont judicieuses.

Le conseiller Patrick Calmus souhaite savoir si seules les mesures mises en œuvre après le 1^{er}

octobre 2021 sont éligibles aux subventions. L'échevin Jean-Paul Sunnen explique que le Collège des bourgmestre et échevins ne refusera certainement pas de subventionner de telles mesures rétroactivement sur présentation des pièces et factures afférentes.

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel propose de choisir une date antérieure. L'échevin Jean-Paul Sunnen propose de fixer la date d'entrée en vigueur de la subvention au 1^{er} octobre et le délai de mise en œuvre des mesures au 1^{er} juin. Tout demandeur qui pourrait prouver la mise en œuvre d'une mesure de protection contre les inondations au cours de cette période aurait alors droit à la subvention. Le conseiller Patrick Calmus est d'accord avec cette proposition.

La conseillère Christiane Hamen se félicite de cette subvention, d'autant plus que ces phénomènes météorologiques extrêmes devraient devenir plus fréquents à l'avenir en raison du changement climatique. À ses yeux, il incombe à la commune de signaler les risques liés aux projets de construction dans les zones inondables. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel est d'avis que la prévention est utile, mais qu'elle a aussi ses limites en raison du caractère volontaire de certaines mesures de protection.

Le conseiller Marcel Jakobs veut savoir si les deux bassins de rétention de la commune ont fonctionné comme prévu. La bourgmestre confirme que le bassin de «l'Eelchesgewan» a fonctionné comme prévu. L'ingénieur communal Marc Schmit confirme également que les bassins avaient fonctionné comme prévu.

Le conseiller Lou Linster critique l'argument avancé par le Collège des bourgmestre et échevins

selon lequel une protection efficace contre les inondations échoue également en raison de la résistance des résidents qui n'ont pas mis leurs propriétés à disposition. Certaines des maisons touchées dans la Rue de la Vallée se trouvaient à 80 ou 100 mètres du cours d'eau et, dans la Rue de Schleiwenhaff, des maisons situées à 50 mètres du cours d'eau ont subi de graves dommages. Selon lui, réduire la zone constructible de quelques mètres n'est pas une solution.

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel est d'avis que rien ne peut être fait contre de telles quantités extrêmes de pluie. Cependant, elle est convaincue que la renaturation réduit le risque d'inondation car l'eau peut mieux s'étaler et le ruissellement est retardé. La ville de Luxembourg met actuellement en œuvre ce concept avec la renaturation de la Pétrusse.

Le conseiller Lou Linster regrette que la population n'ait pas été avertie à temps le 14 juillet. Il a toutefois noté que cela n'avait apparemment pas été fait partout ce jour-là. Il invite la commune à se donner les moyens matériels de prévenir la population en temps utile à l'avenir. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel souligne que dans des cas aussi extrêmes, les services météorologiques qui ont émis l'alerte sont également débordés. Le gouvernement a reconnu qu'il y avait eu des défaillances dans le système d'alerte précoce au niveau national. À leur connaissance, il n'y avait jamais eu auparavant de telles inondations dans les zones touchées à la mi-juillet. La catastrophe n'était tout simplement pas prévisible.

La bourgmestre déclare que la commune s'en était relativement bien sortie, aucune personne

n'ayant été blessée. Les pompiers ont dû pénétrer dans des maisons inondées où l'électricité était encore activée. Elle pense qu'il est important de voir ces risques par soi-même. Schleiwenhaff reste une zone problématique en matière d'inondations, comme le montrent les cartes de risque de l'Office de gestion des eaux, disponibles sur Geoportail.lu.

L'échevin Jean-Paul Sunnen convient que la commune a besoin d'un meilleur système d'alerte précoce. Il affirme que le gouvernement travaille déjà à l'amélioration du système au niveau national. Dans le cadre du système de gestion des catastrophes, une procédure est créée pour réglementer les mesures à prendre par les communautés. Une gestion efficace des catastrophes doit être organisée à l'échelle mondiale et planifiée méticuleusement. Cela n'a aucun sens si les communes fassent cavalier seul. Jean-Paul Sunnen souligne que la raison du nombre élevé de victimes dans la vallée allemande de l'Ahr n'est pas une défaillance du système d'alerte précoce, mais le fait que l'alerte n'a apparemment pas été prise au sérieux dans les communes.

Le conseiller Lou Linster demande si le ruisseau avait été nettoyé par la commune ou par le service des eaux. La bourgmestre explique que cela a été fait par la commune en consultation avec l'Administration de la gestion de l'eau et le garde forestier, car les travaux auraient autrement été retardés. Le conseiller Lou Linster exige que l'Administration de la gestion de l'eau s'acquitte rapidement de cette tâche à l'avenir. Il explique que la commune de Dippach a fourni à ses habitants des sacs de sable qu'ils peuvent stocker chez eux afin de pouvoir réagir plus rapidement en cas d'inondation. Il

suggère que cela soit également proposé à Leudelange. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique que la commune avait augmenté son propre stock de sacs de sable après les inondations. Toutefois, elle souligne que les sacs doivent être stockés correctement afin d'assurer une protection efficace.

Le conseiller Lou Linster veut savoir si des bassins de rétention supplémentaires sont prévus à l'ouest de la Rue de la Gare. La bourgmestre explique qu'il n'y a pas de projet concret pour le moment. Le Collège des bourgmestres et échevins souhaite attendre les résultats de l'étude pour savoir ce qu'il faut faire. La solution au problème nécessiterait probablement une analyse approfondie et une variété de mesures. Le Collège des bourgmestres et échevins se pose la question si le terrain nécessaire est disponible?

L'échevin Jean-Paul Sunnen explique que le Collège des bourgmestres et échevins est prêt à construire des bassins de rétention dans le cadre d'un processus de planification détaillé. Il souligne toutefois que de nombreux autres facteurs jouent un rôle. Les champs de maïs, par exemple, augmenteraient le débit de l'eau. Ce problème n'a pas encore été excessif à Leudelange, mais démontre qu'il faut prendre en compte cette problématique.

Le conseiller Lou Linster se plaint de ne pas avoir trouvé les cartes de risques mentionnées sur Geoportail.lu. L'ingénieur communal confirme que les cartes existent. Ils montreraient que le problème de Schleiwenhaff est dû à la topographie du terrain au confluent des deux ruisseaux. Le service technique a également fait des suggestions à l'Administration de la gestion de l'eau, qui ont été

jugées raisonnables. Néanmoins, une étude préalable est importante car elle examine l'interaction complexe de diverses mesures. La bourgmestre souligne que le Collège des bourgmestre et échevins avait déjà eu un échange de vues avec l'Administration de la gestion de l'eau après les inondations de juin.

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique qu'en plus de l'ordonnance sur les subventions, il fallait approuver un article pertinent du budget, qui finançait la mesure à hauteur de 50.000 euros.

La subvention est approuvée à l'unanimité.

La création du nouvel article budgétaire est approuvée à l'unanimité.

10 Maison Relais Leudelange

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel annonce qu'il s'agit d'approuver les comptes annuels de la Maison Relais pour les années 2019 et 2020. La Maison relais a coûté environ 988.000 euros en 2019, 25% de ce montant, soit environ 247.000 euros, seront supportés par la commune, le reste étant à la charge de l'État. Les coûts pour 2020 ont totalisé 1,12 million d'euros, ici la part de 25% de la commune est d'environ 270.000 euros.

Le conseiller Lou Linster demande ce que signifiait la différence du taux d'occupation dans les comptes. Le secrétaire communale Marc Thill explique qu'il s'agit d'une valeur liée à la comptabilité interne de la Croix-Rouge. Des détails sont demandés.

Le conseiller Marcel Jakobs constate que les coûts ont augmenté massivement entre 2019 et 2020. La bourgmestre explique

que cela est principalement lié à la pandémie de Covid 19.

Les comptes de la Maison relais pour 2019 sont approuvés à l'unanimité.

Les comptes de la Maison relais pour 2020 sont approuvés à l'unanimité.

11 «Séchère Schoulwee»

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel rappelle que le 17 février 2020, le Collège des bourgmestre et échevins avait chargé le bureau d'urbanisme Schroeder & Associés de développer un concept de parcours sécurisé vers l'école. Le projet a ensuite été élaboré en collaboration avec la commission scolaire. L'objectif de cette initiative est de motiver les enfants à se rendre à pied à l'école. Pour cela, il faut un parcours scolaire sur lequel les points dangereux sont réduits au maximum et les usagers de la route sont informés de la présence des enfants. Max Backes du bureau d'études Schoeder & Associés présente brièvement le

projet au Conseil communal.

12 Acquisition de deux parcelles boisées

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique qu'un propriétaire privé avait proposé à la commune d'acheter deux parcelles forestières dans le Wëllerbësch à «Atzebiërg». Le Collège de bourgmestre et échevins propose d'acheter les parcelles. Le prix d'achat s'élève à 8 490 euros pour une surface totale de 28,30 Are, ce qui correspond à un prix par Are de 300 euros.

Le contrat d'achat est approuvé à l'unanimité.

13 Cours adultes

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel informe que les contrats des enseignants pour les cours de luxembourgeois et d'informatique de la commune devaient être approuvés. Rien n'a changé dans les cours offerts par rapport à l'année précédente. Deux cours de luxembourgeois pour débutants et avancés continueront à



être proposés. En outre, divers cours d'informatique seront proposés.

Les contrats des enseignants pour les cours de luxembourgeois sont approuvés à l'unanimité. Les contrats des instructeurs pour les cours d'informatique sont approuvés à l'unanimité.

14 Motions des conseillers

Le conseiller Patrick Calmus présente une motion proposant l'installation d'une fontaine à eau au complexe récréatif «Schwéngsweed» ainsi qu'à d'autres endroits dans la commune. Patrick Calmus explique qu'une telle mesure serait une bonne idée car il y a un problème de déchets et de bouteilles de boisson jetées autour du complexe récréatif. Une fontaine à boire pourrait, à ses yeux, contribuer à réduire cette quantité d'emballages laissés sur place.

La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique que l'installation d'une fontaine à boire est déjà prévue dans le cadre de la rénovation de la cour de récréation de l'école. Elle estime toutefois que l'installation d'une telle fontaine au lieu dit Schwéngsweed n'est pas urgente à l'heure actuelle. Afin d'éviter des travaux inutiles et éventuellement coûteux, le Collège des bourgmestre et échevins propose de prévoir l'installation d'une telle fontaine dans le cadre de travaux futurs. Après un court débat, les membres du Conseil communal acceptent de reformuler la proposition et de voter en conséquence.

La motion est adoptée à l'unanimité sous sa forme modifiée.

15 Correspondance, questions au Collège des bourgmestre et échevins

Le conseiller Marcel Jakobs constate que les récents travaux forestiers effectués dans le «Gaalgebësch» avec des engins lourds ont causé d'importants dégâts sur les sentiers. Il aimerait savoir pourquoi les travaux ont été effectués à ce moment-là. La bourgmestre Diane Bisenius-Feipel explique que ces travaux sont généralement effectués en été, car le sol est plus sec. Cependant, en raison du temps humide de cette année, les travaux ont dû être effectués sur un sol détrempé, ce qui explique les dégâts plus importants. Selon le garde-forestier, les travaux ont été effectués pour des raisons de sécurité, car de nombreux arbres sont en mauvais état à cet endroit. Toutefois, la bourgmestre part du principe que les dommages seront réparés après les travaux.

Le conseiller Lou Linster fait état de rumeurs selon lesquelles les demandes pour la maison de retraite prévue étaient déjà possibles. Il veut savoir si cela est vrai. Le secrétaire communal Marc Thill explique que depuis la présentation du projet, il existait un formulaire permettant aux personnes intéressées de s'inscrire auprès de la commune afin de recevoir des informations. L'échevin Jean-Paul Sunnen explique que le projet progressait bien et que les travaux de construction devraient commencer à la fin de 2022.

Le conseiller Lou Linster s'enquiert également de l'état d'avancement du projet de logement pour les jeunes. La bourgmestre explique que ce projet était en phase de planification. Des discussions sont en cours avec Interactions au sujet de la tarification du projet.

Le conseiller Lou Linster veut savoir si des personnes se sont

intéressées au projet de jardin communautaire. L'échevin Raphael Gindt déclare que plus d'intéressées que prévu se sont manifestés. La finalisation du projet est en cours.

16 Liste des demandes du droit de préemption

Le Conseil communal n'a reçu aucune demande de préemption

17 Affaire de personnel

En séance à huis clos, M. Nicolas REMY bénéficie d'une réduction de son service provisoire (stage).

18 Commissions consultatives

En séance privée, deux membres de la commission d'intégration, Mme Simone LUPARIA et Mme Julia SAMULINA, ont reçu le feu vert de démissionner de cette commission. Les deux membres déménagent et ne peuvent donc plus rester membres de la commission d'intégration.